Hast Du Deine Waffe schon erkannt? Rede des Genossen Ernst Aust zum 10jährigen Bestehen des 'Roten Morgen' Seite 9-12

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 24. Juni 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Belgrad - eine Konferenz im Interesse des Friedens?

Friedensparolen der Imperialisten sind Betrug!

Mit feierlichen Erklärungen, mit vielen schönen Worten über Frieden und Entspannung wurde in der letzten Woche das Nachfolgetreffen der KSZE, der „europäischen Sicherheitskonferenz" von Helsinki, eingeläutet. Unter dem Vorsitz der beiden Supermächte haben sich die Vertreter der Regierungen Kanadas und der europäischen Länder in Belgrad versammelt. Ein Land jedoch ist dort am Konferenztisch nicht vertreten: die Sozialistische Volksrepublik Albanien.

Als vor zwei Jahren Moskau und Washington die KSZE mit der demagogischen Behauptung eröffneten, dadurch eine Periode des „sicheren Friedens in Europa" einzuleiten, hatte die Regierung des sozialistischen Albanien in aller Deutlichkeit erklärt: „Die unter der Leitung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika manipulierten und abgeschlossenen Vereinbarungen, Verträge, Zugeständnisse und Kompromisse können niemals, weder auf regionaler noch auf internationaler Ebene zur Festigung des Friedens und der Sicherheit beitragen."

Heute, zwei Jahre nach Helsinki, hat das Leben selbst die Richtigkeit dieser Feststellung bewiesen. Gewiß, die Breschnew und Carter, die Schmidt und Honecker scheuen keine Mühe, immer wieder das Gegenteil zu behaupten. So ließ etwa Moskaus Militärpakt gerade verlauten: „Die Warschauer Vertragsstaaten verweisen auf die großen Fortschritte, die seit der Konferenz von Helsinki bei der Festigung der Sicherheit und der Vertiefung der Zusammenarbeit in Europa erzielt worden sind."

Die Tatsachen zeigen uns allerdings ganz andere „große Fortschritte", bei der hemmungslosen Aufrüstung der Supermächte nämlich, bei der Verstärkung und Ausweitung ihrer aggressiven Militärblöcke. Um 30.000 Mann haben die amerikanischen Imperialisten seit Helsinki ihre Truppen in Europa vergrößert, 100.000 Soldaten haben die russischen Sozialimperialisten in diesen zwei Jahren zusätzlich unter Waffen gestellt. Stärker als je zuvor haben sie Mitteleuropa zu einem Aufmarschgebiet ihrer Truppen, Panzer und Raketen gemacht.

Und ganz abgesehen davon. Kann man etwa behaupten, der Friede sei in Europa sicherer geworden, wenn die Flotten der beiden Supermächte drohend im Mittelmeer kreuzen, wenn der Nahe Osten ein Pulverfaß bleibt, das jeden Moment explodieren kann, wenn die beiden Supermächte in Afrika Unruhe stiften und Kriege anzetteln? Es liegt auf der Hand, daß die Sicherheit in Europa untrennbar mit der Lage in anderen Teilen der Welt verbunden ist. Es sind gerade die beiden Supermächte, die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten, und die von ihnen gelenkten Militärblöcke, die NATO und der Warschauer Pakt, die die Völker Europas bedrohen.

Carter und Breschnew sprechen von Zusammenarbeit. Aber was verbirgt sich dahinter? Tatsächlich gibt es eine solche Zusammenarbeit, wie die zahlreichen Treffen und Besprechungen zwischen den USA-Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten, die in den vergangenen Jahren immer wieder stattgefunden haben und die auch jetzt vor der Belgrader Konferenz abgehalten wurden, beweisen. Aber diese Zusammenarbeit liegt keineswegs im Interesse der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker. Den beiden Supermächten geht es darum, gemeinsam Front zu machen gegen den revolutionären Kampf der Völker und der Arbeiterklasse, gemeinsam Front zu machen gegen die sozialistischen Länder, Komplotte zu schmieden und Absprachen zu treffen, um den Kampf der Völker für die Befreiung vom Joch des Imperialismus zu ersticken, um jedes Streben nach Unabhängigkeit zu verhindern. Die arabischen Völker und insbesondere das palästinensische Volk haben während des Krieges im Libanon die tragischen Folgen der konterrevolutionären Zusammenarbeit der beiden Supermächte zu spüren bekommen.

Natürlich hat die Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten ihre Grenze in der Rivalität, die zwischen ihnen besteht und die in ih-

Fortsetzung auf S. 6, Spalte 3

Pressefeste des „Roten Morgen" (Seite 8)



Rund 650 Freunde und Genossen besuchten das Pressefest in Hamburg

Steuerpaket 77

Ausplünderung der Werktätigen

Am 15. Juni ist im Bundestag das „Steuerpaket 77" der Bundesregierung verabschiedet worden. Die knappe Mehrheit von drei Stimmen und der Versuch der CDU/CSU, über die Abstimmung des Steuerpaketes die Regierung zu stürzen, darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Parteien alle in den wesentlichen Punkten einig waren: einig darin, die Werktätigen durch Steuererhöhungen noch mehr auszuplündern, einig darin, den Kapitalisten Milliardensteuergeschenke zu machen und ihnen das den Werktätigen abgepreßte Geld in den Rachen zu werfen.

Sehen wir uns das Paket etwas genauer an.

Da ist zunächst die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1978 von elf auf zwölf Prozent. Durch diese Erhöhung werden jedes Jahr 12,5 Milliarden DM mehr in die Kassen des Bundeshaushalts fließen. Die Mehrwertsteuer wird zwar auch von den Kapitalisten erhoben, aber diese werden, wie bisher auch, keinen Moment zögern, die auf sie zukommenden Mehrbelastungen über Preiserhöhungen an die Werktätigen weiterzugeben. Es ist deshalb nichts als unverschämte Demagogie, wenn Apel erklärt, die Mehrwertsteuer „trifft alle Bürger gleichermaßen, soweit sie kaufen und konsumieren". Natürlich „kaufen und konsumieren" auch die Kapitalisten, die Millionäre und Milliardäre, aber was macht es ihnen schon aus, wenn die Preise für Kartoffeln, Butter, Gemüse und Fleisch, für das Auto usw. steigen? Hart getroffen werden einzig und allein die Millionen von Werktätigen, für die die Erhöhung der Mehrwertsteuer ein direktes Absinken ihres Lebensstandards bedeutet.

Da ist weiter die Senkung des Satzes der Vermögenssteuer bei juristischen Personen von 1,0% auf 0,7% und bei natürlichen Personen von 0,7% auf 0,5%. Mit der Senkung der Vermögenssteuer macht die Bundesregierung damit 540.000 Reichen ein Geschenk von insgesamt 1,5 Milliarden DM. Im gleichen Zug hat die Bundesregierung außerdem die Gewerbe- und Gewerbekapitalsteuer sowie die Grunderwerbssteuer gesenkt und Abschreibungsmöglichkeiten nach dem Paragraphen 7 b beim Erwerb von Altbauten für die Hauseigentümer verbessert.

Nachdem Schmidt, Genscher und Co. schon Millionen von Rentner schamlos betrogen haben, nachdem sie Zug um Zug die ohnehin dürftigen Sozialleistungen für die Werktätigen abbauen, zeigt die Regierung jetzt er-

Fortsetzung auf Seite 2

100 Jahre Raiffeisenverband

Wem nützen die Landgenossenschaften?

Am 2. Juni wurde in Bad Godesberg der 100. Geburtstag des „Deutschen Raiffeisenverbandes" gefeiert. Anwesend waren bei dieser Gelegenheit unter anderem der Präsident des Bauernverbandes, der Großgrundbesitzer und Agrarkapitalist Freiherr von Heeremann und Josef Ertl, Agrarminister der Bundesregierung. In ihren Grußworten feierten sie das Genossenschaftswesen auf dem Lande und behaupteten, die Existenz ländlicher Genossenschaften habe entscheidend dazu beigetragen, daß heute die „soziale Deklassierung des flachen Landes" längst der Vergangenheit angehöre.

Tatsächlich hört sich die Idee auf den ersten Blick bestechend an: Der Zusammenschluß der Bauern zu Absatz- und Verkaufsgenossenschaften ihrer Erzeugnisse (also z. B. zu Molkerei-Genossenschaften, Genossenschaften für den Verkauf von Getreide, Vieh oder Wein, um nur einige zu nennen, verschafft den Bauern eine stärkere Position auf dem Markt und damit höhere Preise, läßt sie den Absatz ihrer Produkte gezielter planen und rationeller durchführen. So weit, so gut, die Sache hat bloß einen Haken.

Erstens, das ländliche Genossenschaftswesen kann die Ausbeutung und Ruinierung vor allem der kleinen (Nebenerwerbs- und Zuerwerbs-) Bauern und der mittleren Bauern durch das Finanzkapital nicht stoppen. So hat sich die Schere zwischen den Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte und den Preisen für Maschinen, Düngemittel usw. in den letzten Jahren immer mehr zuungunsten der Bauern vergrößert. So waren z. B. im März dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr die Erzeugerpreise für Speisekartoffeln um 19,6%, für Obst um 11,9%, für Eier um 5,2% und für Schweine um 2,1% gefallen. Im gleichen Zeitraum stiegen dagegen die Preise für Saatgut um 21,7%, für Futtermittel um 12,8%, für Maschinen um 4,5% und die Kosten für die Unterhaltung von Wirtschaftsgebäuden um 4,5%. Dazu kommen die Ausgaben für die Pacht.

Den Nutzen haben die Großbauern und Agrarkapitalisten

Mit anderen Worten: Wenn die kleinen und mittleren Bauern ihren Hof halten wollen, so können sie das nur durch die äußerste Anspannung ihrer eigenen Arbeitskraft und der der anderen Familienmitglieder und durch die Aufnahme von Krediten

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Filbinger fordert Verbot der KPD/ML (Offen gesagt) 2
HDW: 260 Kollegen aus IGM ausgeschlossen oder ausgetreten 3
„Bremer Nachrichten", „Weserkurier": Der Streik geht weiter 3
8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes 4
Frankfurt: Kampf gegen nationales Faschistentreffen 5
Genosse Günter, wir werden Dich nie vergessen! 5
Kampf gegen Atomkraftwerk Biblis .. 5
Wahlen in Spanien 6
Zur Konferenz der Zeitschrift „Befreiung: Propaganda für den Sozialchauvinismus 7
Bezeichnende Kürzungen 7
Pressefeste Hamburg/Stuttgart 8

Wem nützen die Landgenossenschaften?

Fortsetzung von Seite 1

(die Gesamtverschuldung der Bauern beträgt inzwischen 32,1 Milliarden DM) Damit aber sind sie im Würgegriff der Banken und ihre Ruinierung ist nur eine Frage der Zeit.

So wurden im größten Bauernlegen der deutschen Geschichte seit 1949 von 1,6 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben 751.000 in den Ruin getrieben und bis 1982 sollen weitere 73.000 dazukommen. Betrachtet man die Statistik genauer, ergibt sich folgendes Bild: Von den 1,263 Millionen Kleinbetrieben bis zu 10 Hektar im Jahr 1949 sollen bis 1982 noch ganze 393.000 übriggeblieben sein. Die Zahl der mittleren Betriebe (10-30 Hektar) wird von 328.000 im Jahr 1949 „nur" auf 266.000 1982 sinken **und die Zahl der Großbetriebe (über 30 Hektar) wird sogar steigen: von 56.000 auf 117.000. Mit anderen Worten: massenhafter Ruin der kleinen und mittleren Bauern auf der einen, Anwachsen der Großbetriebe auf der anderen Seite. Wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften überhaupt jemandem zugute kommen, dann den grossen Bauern und Agrarkapitalisten.**

Zweitens, die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind selbst kapitalistische Betriebe. Der kleine oder mittlere Bauer, der ihr beitritt, hat darin nichts zu sagen. Den Ton geben die Großbauern und Funktionäre an. Dem kleinen und mittleren Bauern wird der Abnahmepreis für seine Produkte diktiert, er wird gezwungen, die knechtenden Verträge, die die Genossenschaften mit den Nahrungsmittelkonzernen abschließen, einzuhalten, er sieht sich oft sogar vor die Notwendigkeit gestellt, um diese Verträge erfüllen zu können, seine Produktion umzustellen, dafür Kredite aufzunehmen usw. usf. Der Beitritt in eine landwirtschaftliche Genossenschaft ist für den kleinen und mittleren Bauern kein Ausweg aus seiner Lage. Für den Großbauern und Agrarkapitalisten jedoch, der über genügend Kapital verfügt, sind sie äußerst vorteilhaft.

Arbeiter und Bauern gemeinsam gegen den Kapitalismus

Seit jeher wurde das ländliche Genossenschaftswesen von der Bourgeoisie propagiert, um die kleinen und mittleren Bauern vom Kampf gegen den Kapitalismus an der Seite der Arbeiterklasse abzuhalten, um sie nicht nur mit dem Kapitalismus auszusöhnen, sondern sie auch durch Tausende von Fäden mit den Großbauern und Agrarkapitalisten zu verbinden. Das war vor hundert Jahren nicht anders als heute. So propagierte auch Ertl in seinem Grußwort die angebliche Überlegenheit des „Genossenschaftsgedankens" über die Kollektivierung im Sozialismus. Hier die „Freiheit", sich in Genossenschaften zusammenzuschließen, dort der „Zwang" zur Kollektivierung, so ereiferte er sich demagogisch.

„Freiheit"? In der Tat, die Freiheit, zwischen Pest und Cholera zu wählen. Der kleine und mittlere Bauer, ausgepreßt von den Banken, Nahrungsmittel-, Chemie- und Landmaschinenkonzernen, ausgeplündert durch den kapitalistischen Staat und die EWG hat gar keine Wahl: Entweder du gibst deinen Hof sofort auf oder du verschaffst dir durch den Beitritt in eine Genossenschaft noch einmal eine kurze Gnadenfrist und wirst dann doch in den Ruin getrieben — so lautet die zynische Alternative, die ihm der Kapitalismus stellt.



Versteigerung — oft die letzte Station bei der Ruinierung der Kleinbauern.

Im Gegensatz dazu bietet die Landwirtschaft im Sozialismus ein völlig anderes Bild. Nur der Sozialismus gibt den Bauern die Möglichkeit, weiter in der Landwirtschaft tätig zu sein. Der gewaltsame Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch die proletarische Revolution befreit auch die Bauern. Die Macht der Großgrundbesitzer, kapitalistischen Trusts und Banken, die die Bauern ausplündern, ist gebrochen, der räuberische Zwischenhandel beseitigt. Der sozialistische Staat, die Diktatur des Proletariats, die die Interessen aller Werktätigen vertritt, schützt die Bauern und gewährt ihnen jegliche Hilfe. Von der kapitalistischen Ausbeutung befreit, haben die Bauern tatsächlich die Möglichkeit, sich in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften freiwillig zusammenzuschließen.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft, von deren Nutzen sich die Bauern selbst überzeugen können, eröffnet ihnen weite Perspektiven für die Modernisierung der Landwirtschaft, für ständig wachsenden Wohlstand. Der Aufschwung und die schnelle Entwicklung der Landwirtschaft in Albanien, dem einzigen sozialistischen Land in Europa, wo die Bauern noch vor 40 Jahren in unvorstellbarer Armut und Knechtschaft gelebt haben, beweist anschaulich die Überlegenheit der sozialistischen Kollektivierung über die kapitalistische Landwirtschaft. **Hier ausgeplündert und unterjocht, ist dort der Bauer gemeinsam mit dem Arbeiter Herr des Landes, ist er wirklich frei und seine Zukunft gesichert.**

Ausplünderung der Werktätigen

Fortsetzung von Seite 1

neut, was sich in Wirklichkeit hinter ihrer sozialen Maske verbirgt: Sie ist ein willfähriger Büttel der kapitalistischen Ausbeuter, eine Regierung des Monopolkapitals zur Ausplünderung der breiten werktätigen Massen unseres Landes.

Natürlich ist auch die CDU/CSU um keinen Deut besser. Ihre Opposition gegen das Steuerpaket war rein taktisch, lediglich von dem Wunsch getrieben, die Regierung zu stürzen, um selbst an die Futterkrippe zu kommen. So hatte die CDU/CSU schon vorher erklärt, gegen die Senkung der Vermögenssteuer habe sie keine Einwände, im Gegenteil. So lehnte sie die Erhöhung der Mehrwertsteuer nur deshalb ab, um im gleichen Atemzug einen Gesetzesentwurf einzubringen, der den Werktätigen auf andere Art und Weise — vor allem durch die Erhöhung der indirekten Steuern — das Geld aus der Tasche ziehen sollte und beteuerte im übrigen, was die Mehrwertsteuer angehe, so lasse sie mit sich reden.

Wie der neue Bundeshaushalt zeigt, wird die Bundesregierung die Riesensummen, die sie den Werktätigen abpreßt, zum allergrößten Teil sofort den Kapitalisten in die Taschen schieben. Dutzende von Milliarden DM als Investitionsbeihilfen und Riesenaufträge für die Rüstungskonzerne (ein Drittel des gesamten Bundeshaushalts wird für die Aufrüstung ausgegeben) stehen der Kürzung der Gelder für die Arbeitsförderung, des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe, für das Bildungs- und Gesundheitswesen gegenüber. Hier ist die Regierung plötzlich sparsam und hat insgesamt 1,2 Milliarden DM gestrichen. Vergessen wir auch nicht, daß sich die Herren Volksvertreter gerade eben erst ihre eigenen Gehälter um 60% erhöht haben.

Erwähnen muß man auch die „Steuerrebellen" in der SPD-Fraktion, diese traurigen Gestalten. Hatten sie nicht gewaltig auf den Putz gehauen, den „unsozialen Charakter" des Steuerpakets angeprangert und erklärt, sie würden dagegen stimmen? Die Hälfte von diesen Großsprechern fiel allerdings schon vorher um und zum Schluß blieben ganze drei von ihnen übrig, gerade so viel, daß die Verabschiedung des Steuerpakets im Bundestag nicht gefährdet war. Die größte Charakterlosigkeit leistete sich dabei der Münchner Abgeordnete Schöfberger, der das Steuerpaket eine „kaum mehr zu überbietende politische Unzucht" nannte, um sich dann im entscheidenden Moment der Stimme zu enthalten und der Regierungskoalition damit zum Abstimmungssieg zu verhelfen. Die „linke Opposition" in der SPD hat sich einmal mehr als Feigenblatt erwiesen, um die Werktätigen in der Illusion zu wiegen, daß es im Parlament vielleicht doch noch Männer gebe, die das Interesse der Werktätigen nicht ganz aus den Augen verloren haben.

Aber selbst wenn die Regierungskoalition im Parlament eine Abstimmungsniederlage erlitten hätte — die Steuererhöhungen wären doch verabschiedet worden, sei es mit „wechselnden Mehrheiten" und kleinen, für die Werktätigen unerheblichen Veränderungen, sei es, daß die Regierung gestürzt worden wäre und ein CDU/CSU-Steuerpaket den Zuschlag erhalten hätte. Eine solche Entscheidung fällt nicht im Parlament, sondern in den endlosen Beratungen hinter verschlossenen Türen, in denen, wie auch in diesem Fall, die Bourgeoisie ihren Willen diktiert. Im Vertrauen auf das Parlament, auf die Versprechungen der Politiker, die dort sitzen, sind die Werktätigen von vornherein betrogen. Nur im Kampf gegen den kapitalistischen Staat, der die Werktätigen ausplündert, gegen die bürgerlichen Parteien und Abgeordneten, die das Volk betrügen, können Erfolge im Kampf für die Verbesserung der Lebenslage errungen werden.

Kurz berichtet

NORDENHAM

„Woolworth in Nordenham macht ‚Werbung'", schrieben uns Leser des „Roten Morgen", die das untenstehende Photo schickten. Bei den Spaziergängern dürfte diese originelle „Woolworth-Werbung" einige Aufmerksamkeit erregt haben.



AUGUSTDORF

„Rote Soldaten", heißt eine neue Soldatenzeitung der Roten Garde für den Standort Augustdorf in Ostwestfalen. Diese erste Nummer der Zeitung geht unter anderem auf die Tradition der Bundeswehr als Armee des deutschen Imperialismus ein und stellt in einem Artikel die Rote Garde vor.



BREMEN

Am 2. 6. fand in Bremen eine Demonstration gegen die Kürzung der Ausbildungsgehälter der Krankenpflegeschüler, Referendare und Rechtspraktikanten statt. Die Zelle Gesundheitswesen der Partei rief in einem Extrablatt ihrer Zeitung „Die Rote Front" auf, sich an der Demonstration der Krankenpflegeschüler zu beteiligen. Die Demonstration, an der sich ca. 400-450 Menschen beteiligten, wurde veranstaltet von den Ausbildungspersonalräten und stand auch unter ihrem reformistischen Einfluß. Bei den Teilnehmern der Demonstration, hauptsächlich bei den Krankenpflegeschülern und auch bei Passanten stieß das Extrablatt der Partei auf großes Interesse. Die Genossen konnten alle ihre Flugblätter verteilen.



BERICHTIGUNG

In der Bilderbeilage im letzten „Roten Morgen" schrieben wir irrtümlich, daß die „Rotkehlchen" aus Westberlin aus einer Gruppe der GDCF sind. Das stimmt nicht. Die „Rotkehlchen" sind eine Volksmusikgruppe, die dieser Organisation nicht angehört.

Offen gesagt ...

Damoklesschwert?

Filbinger, früher Nazi-Richter und heute Ministerpräsident von Baden-Württemberg, forderte in der vorigen Woche ein sogenanntes „differenziertes Verbot" der KPD/ML und sich „kommunistisch" nennender Parteien wie der GRF, dem KBW usw. Danach soll als erstes die Verfassungswidrigkeit dieser Parteien festgestellt werden. Der zweite Schritt, das Verbot, soll dann folgen, wenn eine dieser Parteien „gewalttätig" werde. Was verspricht sich Filbinger von diesem „differenzierten Verbot"?

Er sagt selbst, daß auf diese Weise das drohende Verbot „wie ein Damoklesschwert" über uns hängen soll. Und spekuliert offenbar darauf, daß wir dann wie die Kaninchen auf dieses drohende Verbot starren und alles unterlassen, was die Bourgeoisie veranlassen könnte, dieses „Damoklesschwert" gegen uns einzusetzen, das Verbot auszusprechen. Aber dieses Schwert ist stumpf, Herr Filbinger! Wir sind nicht die revisionistischen Führer der KPD, die bereits nach dem Verbotsantrag den revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes aus ihrem Programm strichen, die später für das Linsengericht der Legalität die Interessen der Arbeiterklasse und der Revolution vollends verrieten. Wir sind eine kommunistische Partei und kämpfen seit acht Jahren für die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats — im vollen Bewußtsein, daß die Bourgeoisie uns deshalb verbieten wird. Da wird uns auch das „Damoklesschwert" des Herrn Filbinger nicht vor der Bourgeoisie zu Kreuze kriechen lassen.

Was die Feststellung der Verfassungswidrigkeit betrifft, so hat Genosse Ernst Aust in seiner Rede auf dem Pressefest in Dortmund darauf die richtige Antwort gegeben, als er sagte: „Die Mühe, sie festzustellen, können sie sich sparen. Das geben wir ihnen schriftlich."

Was nun das „gewalttätig werden" angeht, von dem Filbinger spricht, so hat Genosse Ernst auch darauf geantwortet: „Und was die Gewalt betrifft, wer übt denn hier Gewalt aus? Das ist doch die Bourgeoisie! Das ist doch ihr bürgerlicher Staat, der tagtäglich Gewalt gegen die Arbeiterklasse, gegen das Volk ausübt!" Und was uns angeht, so sind wir keine Pazifisten, die, wenn man sie auf die linke Backe schlägt, auch noch die rechte hinhalten. Unsere Ansicht war immer die, daß der konterrevolutionären Gewalt der Bourgeoisie die revolutionäre Gewalt des Volkes entgegengesetzt werden muß. Und auch Filbingers „Damoklesschwert" wird uns nicht dazu bringen, daß wir nur noch in Worten Marxisten-Leninisten sind, in der Praxis aber nicht.

Wir werden jeden Versuch, unsere Partei zu verbieten, bekämpfen. Genauso wie wir bisher die Verfolgung der Partei und die Verfolgung ihrer revolutionären Agitation und Propaganda bekämpft haben. Aber gleichzeitig ist klar, daß ein Verbot den Kampf der Partei nicht beenden kann. Genauso wie die sozialfaschistische Honecker-Clique nicht verhindern konnte, daß sich die KPD/ML Sektion DDR als illegale Partei gründete und erfolgreich, ohne Verluste, bereits über ein Jahr kämpft. Der Kommunismus läßt sich nicht verbieten.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

HDW 260 Kollegen aus der IGM ausgeschlossen oder ausgetreten

Nachdem der IGM-Apparat im Februar erneut die Beiträge erhöht hat, war in vielen Betrieben die Empörung der Kollegen groß. Inzwischen sind eine ganze Reihe dieser Kollegen nicht mehr Mitglieder der IGM. Sie sind entweder aus Empörung über diese räuberische Beitragspolitik ausgetreten oder wurden ausgeschlossen. Denn rigoros hat der IGM-Apparat jeden hinausgeworfen, der sich weigerte, den erhöhten Beitrag zu bezahlen. Die Situation auf HDW in Kiel, die im folgenden in einem Artikel des „Bollwerk" geschildert wird, ist typisch für die wachsenden Widersprüche zwischen dem reaktionären IGM-Apparat und den Mitgliedern:

„Die Beitragserhöhungsaktion der IGM vom Februar war ein heißes Thema auf der Werft. Den Erpresserbrief „Entweder du zahlst mehr oder du fliegst raus!" sahen die meisten Kollegen als einen ungeheuren Affront an, und ihre Reaktionen bekamen die Bonzen im Betrieb unmittelbar zu spüren.

„Was heißt hier satzungsgemäßer Beitrag? Wer hat denn die Satzung gemacht? Die Bonzen natürlich, die von unserem Geld ihr Schmarotzerdasein finanzieren!" — „Das ist ja Gangstertum!" — „Ich wußte sowieso nicht, wofür ich meinen Beitrag geleistet habe, wenn man die Gewerkschaftsarbeit der letzten Jahre betrachtet. Wann wurde schon mal gestreikt?" — „Wenn es für uns eine Alternative gäbe, etwa eine Konkurrenzgewerkschaft, dann würde ich jetzt sofort wechseln, aber leider gibt es so etwas ja nicht."

Kollegen, die auf den Belegschaftsversammlungen in Diedrichsdorf und Gaarden den Beitragsbescheid der Bonzen anprangern wollten, wurde von der Böhm-Mafia (die Betriebsratsclique — RM) der Saft abgedreht. Zugleich ließen die Bonzen ein übles Schreiben los, in dem es hieß: Wer nicht bereit sei, 15 DM zu bezahlen, müsse sich ab 1. April als ausgeschlossen betrachten. Bezahle man den alten Beitragssatz weiter, würden dies die Bonzen als Spende ansehen! Doch: Viele Kollegen ließen sich auch jetzt nicht erpressen und weigerten sich weiterhin, den Bonzen noch mehr Geld in den Rachen zu schieben.

Bereits 260 HDW-Kollegen wurden aus diesem Grunde mittlerweile aus der IGM geworfen oder traten selbst aus. Wen wundert's, wenn diese Kollegen mit dem Apparat der Bonzen absolut nichts mehr zu tun haben wollen?"

Und das ist gut so. Je mehr Kollegen erkennen, daß der Gewerkschaftsapparat ihre Interessen mit Füßen tritt, desto besser. Je mehr Kollegen am eigenen Leib spüren, was diese Bonzen unter der „Einheit" verstehen, die sie immer wieder beschwören, desto besser. Denn um so mehr werden sehen, daß es notwendig ist, sich gegen diesen arbeiterfeindlichen Bonzenapparat zusammenzuschließen — Ausgeschlossene, Ausgetretene und Mitglieder gemeinsam —, um konsequent für die Interessen der Arbeiter kämpfen zu können, werden den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition unterstützen.

"Bremer Nachrichten"/"Weserkurier" Die Mehrheit beschliesst: Der Streik geht weiter

Der Kampf der Kollegen der „Bremer Nachrichten" und des „Weserkurier" gegen die Kürzung ihrer übertariflichen Zulagen geht weiter. Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe des „Roten Morgen" dauerte der Streik bereits 19 Tage an.

Die Kollegen der Bremer Zeitungen haben in ihrem Kampf überall in der Bundesrepublik Unterstützung gefunden. Von den Gewerkschaftsbonzen der IG Druck und Papier im Stich gelassen — sie verweigern die Auszahlung von Streikgeldern — konnten sie bis jetzt insgesamt 40.000 DM, die von Kollegen gespendet wurden, sammeln. Auch die Arbeiter anderer Bremer Druckereien solidarisieren sich mit den streikenden Arbeitern. Einige von ihnen beteiligen sich sogar am Streikposten stehen.

Mit allen Mitteln versucht dagegen der Kapitalist Meyer, Herausgeber der beiden Zeitungen, den Streik zu brechen. Nach der Aufhebung der Aussperrung kündigte er an, die Streikenden zur Rechenschaft zu ziehen und sie den Schaden, den er erlitten habe, bezahlen zu lassen. Gleichzeitig ließ er Polizei vor den Werkstoren auffahren. Auch die Bremer Landesregierung versuchte in der vergangenen Woche die streikenden Arbeiter durch einen „Appell" zur Aufgabe ihres Kampfes zu bringen.

Am schändlichsten aber fielen die Bonzen der IG Druck und Papier den Arbeitern in den Rücken. Sie, die schon die ganze Zeit über versucht hatten, den Kampf abzuwiegeln, gingen am 15. Juni gemeinsam mit dem Kapitalisten Meyer zum Großangriff über. Zu diesem Termin hatte Meyer ein sogenanntes Kompromißpapier vorgelegt, dessen Annahme eine vollständige Kapitulation bedeutet hätte. Auf einer Belegschaftsversammlung traten jedoch nacheinander der Betriebsratsvorsitzende Kammering und der Landesvorsitzende der IG DruPa Lange auf und forderten die Annahme des „Kompromisses". Ihre scheinheilige Begründung: „Die Kräfte zum Durchhalten reichen nicht aus." Die Belegschaft erteilte ihnen jedoch eine Abfuhr und beschloß mit der knappen Mehrheit von acht Stimmen die Fortsetzung des Streiks. Ein von der Belegschaft angenommener Vorschlag wurde dagegen von Meyer abgelehnt.

Die knappe Mehrheit zeigt allerdings auch, daß es dem Gewerkschaftsapparat gelungen ist, die Belegschaft zu spalten. Die Ereignisse zeigen klar, daß der Kampf, wie es in einem Flugblatt der Partei heißt, erfolgreich geführt werden kann, wenn er sich auch gegen den arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat richtet.

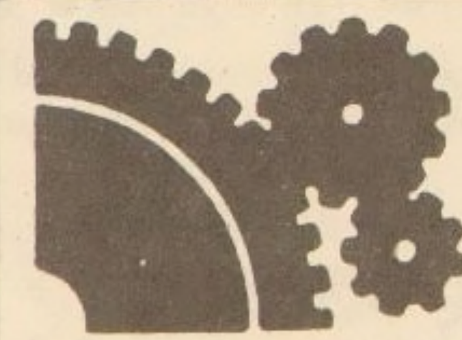
Marie Schlei in Westberlin "Der würde ich gerne mal meine Meinung sagen"

Im Geschäftsbericht der AEG-Kapitalisten wird für das Jahr 1977 angekündigt: „Während im Inland weiterhin die Rationalisierung im Vordergrund steht, sind im Ausland Erweiterung und Umstrukturierung ... die hauptsächlichsten Investitionsmotive." Um den Arbeitern diese Politik: Rationalisierung, Kurzarbeit und Entlassungen hier, verstärkter Kapitalexport, verschärfte Ausplünderung der Werktätigen in Afrika usw. schmackhaft zu machen, lud der Betriebsrat von AEG in Westberlin die Bundesministerin für Entwicklungshilfe, Marie Schlei, ein, auf einer Betriebsversammlung zu sprechen.

Die Betriebszelle der Partei bei AEG-Brunnenstraße verteilte vor dem Auftritt von Marie Schlei einen „AEG-Arbeiter", der die Lügen über die Sicherung der Arbeitsplätze durch die sogenannte Entwicklungshilfe entlarvte. Auf der Betriebsversammlung war es dann Marie Schlei selbst, die zeigte, was es mit den angeblich so hochherzigen Zielen der Bonner Entwicklungshilfe auf sich hat. „Wenn man an ein afrikanisches Land ein Gutachten für 4 Millionen verschenkt", sagte sie etwa, „dann erhält man dafür einen Auftrag über 200 Millionen zurück." Wer diese imperialistischen Geschäfte finanzieren soll, daran ließ sie ebenfalls keinen Zweifel: „Sie können doch", sagte sie den Arbeitern, „durchschnittlich 15% ihres Einkommens sparen. Wir müssen ja schon Sanatorien bauen, weil die Menschen zu dick sind. Auch unsere Kinder werden zu dick gefüttert" usw. usf. Als Marie Schlei dann endlich ankündigte, sie würde zum Ende ihrer Rede kommen, riefen die ersten Kollegen: „Aufhören!" Sie hörte aber nicht auf, bevor sie nicht noch festgestellt hatte, daß mindestens an der Arbeitslosigkeit der jungen Mädchen vor allem die Eltern schuld seien, die ihre Töchter ja doch nur zum Verheiraten großziehen würden.

In der anschließenden Aussprache erhielt die Schlei vor allem im Beitrag eines Kollegen eine klare Antwort, in der ihrem Gewäsch über den hohen Lebensstandard hier die Tatsachen gegenübergestellt wurden — bald drei Jahre Kurzarbeit in der Kleinmaschinenfabrik, zu erwartende Kurzarbeit in anderen Werksteilen — und die Forderung nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit aufgestellt wurde. Auch ihr Gerede über die Sicherung der Arbeitsplätze durch die Entwicklungshilfe wurde entlarvt. Der Geschäftsbericht von AEG selbst straft diese Demagogie ja Lügen. Die Schlei antwortete auf diesen und andere Beiträge vor allem damit, daß sie jammerte, sie sei sowieso schon krank und jetzt würde man ihr auch noch mit diesen Verleumdungen kommen ... Aber dieser lächerliche Versuch, bei den Kollegen mit diesem Druck auf die Tränendrüse Verständnis zu finden, schlug fehl.

Eine Kollegin, die — im Gegensatz zu vielen anderen — bis zum Schluß der Versammlung ausgeharrt hatte, meinte hinterher: „Ich bin ja nicht in so einer Gruppe (womit sie die Partei meinte), und man hat ja immer Angst rausgeworfen zu werden, aber ich würde da gerne mal hochgehen und der Frau meine Meinung sagen."



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Im Kampf gegen das Arbeitsamt Solidarität bringt Erfolg

Daß man vom Arbeitsamt im allgemeinen als der letzte Mensch behandelt wird, diese Erfahrung hat wohl schon jeder gemacht, der mit dieser Institution zu tun hatte. Auch wir als Umschüler im Metallbereich kennen die Herren Bürokraten. Denn sie sind es, die entscheiden, wieviel wir an Unterstützung bekommen, wie lange die Umschulungsmaßnahme dauert, ob einer eine Prüfung wiederholen kann und wann jemand aus der Maßnahme „herausgenommen" sprich entlassen wird. Diese Entscheidungen fallen ziemlich willkürlich. So wollten sie denn eines Tages zwei unserer Kollegen aus der Maßnahme herausnehmen. Die Begründung hieß: die theoretischen Leistungen seien zu schlecht.

Damit waren wir aber gar nicht einverstanden. Denn wir kennen diese Kollegen genau und wissen daher, daß sie sich intensiv bemühen, zu Hause gebüffelt haben und sich ehrlich anstrengen. Die Firma dagegen, die diese Umschulung durchführt, kennt nur das Motto „Friß oder stirb". Wenn wir uns nicht gegenseitig helfen würden, wären die Lernergebnisse noch schlechter und die Durchfallquote noch höher. So sind von einem Lehrgang, der mit anfänglich 30 Mann belegt war, nur noch 12 Mann da. Und davon fallen erfahrungsgemäß bei der Prüfung noch einmal 30% durch.

Und dafür sollten unsere beiden Kollegen bestraft werden?

Wir sammelten Unterschriften für die sofortige Zurücknahme der Kündigungen und für ein Gespräch mit dem Arbeitsamt über die pädagogischen Maßnahmen während der Umschulung. Alle bis auf einen unterschrieben. Dann gingen die Klassensprecher zu dem verantwortlichen Bürokraten beim Arbeitsamt. Dieser war zwar sehr unangenehm von den Unterschriften überrascht, wollte aber nichts an den Gegebenheiten ändern. Daraufhin gingen die Klassensprecher zu seinem Vorgesetzten, schilderten diesem noch einmal die Empörung der Kollegen über die Kündigungen und forderten deren Rücknahme. Der Herr Vorgesetzte machte daraufhin den ersten Rückzieher und versprach, den Fall noch einmal zu überprüfen. Wir jedoch beschlossen noch am gleichen Tag, weitere Kampfmaßnahmen zu ergreifen wie Benachrichtigung der Presse und Marsch zum Arbeitsamt, falls die Kündigungen nicht zurückgenommen würden. Doch siehe da, am nächsten Tag bekamen wir telefonisch Bescheid, daß die beiden Kollegen eine neue Maßnahme bekommen. Wir hatten gewonnen. Unsere Kampfbereitschaft hatte den Herren vom Arbeitsamt ein Zugeständnis abgerungen. Unsere Solidarität hatte zwei Kollegen vor dem Stempeln bewahrt. Aber wir müssen aufpassen, sie haben diese Schlappe nicht gerne eingesteckt. Der Kampf geht weiter.

Zwei Umschüler.

Fritz blieb im Betrieb, weil die Kollegen zusammenhielten

Der Kollege Fritz ist noch nicht lange in unserem Betrieb. Vielleicht die sechste Woche schafft er jetzt bei uns. Zuvor hatte Fritz 15 Jahre lang in einer Baufirma geschafft. Sie hatte im Frühjahr 77 Pleite gemacht. Ohne einen Pfennig Abfindung wurde die gesamte Belegschaft auf die Straße geworfen. Einen Monat lang war Fritz arbeitslos, ehe er eine Stelle bei unserer Firma bekommen hatte. Er war froh, daß er so schnell untergekommen war, denn in der ländlichen Gegend auf der Schwäbischen Alb gibt es die offenen Stellen nicht gerade reichlich.(Fritz wohnt in einem Dorf auf der Schwäbischen Alb).

Zuerst wurde Fritz, wie vereinbart, als Betriebsmaurer eingesetzt. Nachdem man dort mit seiner Arbeit nicht zufrieden war, wurde er von einer Abteilung zur anderen geschoben, bis er in unserer Halle landete. Selbst dort mußte er noch einmal seinen Arbeitsplatz wechseln, ehe er endgültig über 14 Tage hinweg an einer Maschine bleiben durfte. Sich ständig auf neue Arbeitsbedingungen einzustellen, fällt einem 46jährigen Mann nicht mehr so leicht. Hinzu kommt, daß ihm die Arbeit nicht leicht von der Hand geht.

Daß solch ein Kollege, aus dem nicht so viel Profit rauszuholen ist, weil er nicht mehr so leistungsfähig ist wie jüngere, von vornherein auf der Abschußliste der Betriebsleitung steht, ist nicht schwer auszumalen. Deswegen deutete der Meister unserer Halle an: Der Kollege Fritz wird bei uns nicht alt werden. Solche Leute finden wir draußen gerade genug. Eines Tages wird dann verkündet, Fritz sei entlassen. Der Meister wolle ihn nicht mehr in seiner Abteilung haben. Er sei außerdem für den Betrieb nicht mehr tragbar.

So viele Unverschämtheiten konnten wir natürlich nicht widerstandslos hinnehmen. Wir besprachen die Situation kurz und kamen zu dem Ergebnis, daß Fritz nicht entlassen werden darf. Wir diskutierten über die Vesperpause hinweg während der Arbeitszeit. Wir erklärten unserem Meister, daß wir mit der Entlassung nicht einverstanden seien. Unser Meister, der sonst so großen Wert auf kollegiale Menschenführung legt, schrie uns an, er habe gegenüber dem Betrieb auch seine Verantwortung usw. Daß Fritz, der eine fünfköpfige Familie zu versorgen hat, nur schwer eine andere Stelle finden würde, war ihm offensichtlich völlig egal.

Weil die Unruhe unter uns Kollegen über die Entlassung von Fritz nicht abebben wollte, kam schließlich der Betriebsleiter persönlich in unsere Halle, um die Stimmung unter den Kollegen zu testen. Er rückte gleich mit der Sprache heraus: Wenn es nach mir gegangen wäre, hätte ich ihn noch während der Probezeit rausgeschmissen. Beim Verlassen der Halle schimpfte er noch vor sich hin, es sei doch die Höhe, die würden das Schaffen mit dem Wirtshaus verwechseln, nur weil am Arbeitsplatz einiger Kollegen eine Bierflasche stand. Offensichtlich war er mit der Situation nicht sehr zufrieden, denn auch ihm gegenüber blieben wir Kollegen hart. Wir waren nach wie vor gegen die Entlassung des Kollegen Fritz, was wir auch dem Betriebsleiter gegenüber zum Ausdruck brachten.

Am Nachmittag des gleichen Tages wurde der Antrag der Geschäftsleitung und unseres Meisters auf Entlassung vor dem Betriebsrat behandelt. Dieser sah sich gezwungen, aufgrund des Widerstands unter den Kollegen die Entlassung des Kollegen Fritz abzulehnen. Als wir diese Nachricht erfuhren, war helle Freude unter den Kollegen, weil wir einen Sieg davongetragen hatten: Fritzens Entlassung war verhindert worden und wir Kollegen hatten die Erfahrung machen können, daß Solidarität und gemeinsamer Widerstand von Nutzen für uns ist.

Rot Front!
Ein Genosse aus Reutlingen.

Revisionistisches

D„K"P UND KIRCHE

„Religion ist Opium für das Volk", sagte Marx. Für jeden Kommunisten ist deshalb die Haltung zur Kirche klar. Aber wer selber Gift an den Mann bringen will, das Gift des Revisionismus, wie sollte der diese Rauschgifthändler von „Gottes Gnaden" bekämpfen? Im Gegenteil, er wird mit ihnen nach dem Motto „Eine Hand wäscht die andere" zusammenarbeiten. Und das tun die D„K"P-Revisionisten auch. Als im Bochumer „Haus der Katholischen Jugend" die Pfaffen vor kurzem eine Freizeiteinrichtung für Kinder aufmachten, konnte man folgende Stellungnahme in dem D„K"P-Blättchen „Bochum links" lesen: „Wir freuen uns sehr, daß die Kirche sich entschlossen hat, eine alte Forderung der DKP aufzugreifen."

Aber die D„K"P stellt durchaus nicht nur Forderungen an die Kirche. Sie liefert ihr auch die Leute. So gibt es jetzt in der Landeskirche von Hessen-Nassau eine ganze Gruppe von Pfarrvikaren, die Mitglieder der D„K"P sind. Ein Widerspruch? Nein, weder für die Kirche noch für die D„K"P und schon gar nicht für diese Pfarrvikare, die, wie sie in einer Erklärung ausdrücklich versichern, „Jesus Christus als den Herrn unseres Lebens betrachten..." und der Meinung sind: „Jesus Christus ist der Herr der Geschichte. Er will den Willen Gottes in der Geschichte zur Durchsetzung bringen...

Offenbar passen dieser „Wille Gottes" und der friedliche Weg zum Sozialismus der D„K"P gut zusammen. Schließlich geht es ja auch beiden um den Erhalt des Kapitalismus.

MENSCHEN WIE ALLE ANDEREN

Die Revisionisten der D„K"P bieten gegenwärtig ein Buch an, das in einem ihrer Verlage erschienen ist. Es heißt „Die Streitkräfte Chiles" und soll unter anderem die Frage beantworten — so die Werbung in der „UZ" — „Warum sind die Offiziere, die ihrem Wesen nach Menschen wie alle anderen waren, zu Folterknechten geworden, zu Bücherverbrennern, Vandalen, zu gefürchteten und gehaßten Henkern?"

Menschen wie alle anderen? Man glaubt nicht richtig zu hören. Waren denn die reaktionären chilenischen Militärs jemals Menschen wie die Arbeiter in den Kupferminen, wie die Bauern, die unterm Joch der Grundherren schuften müssen? Sind sie von solchen Menschen über Nacht zu Bestien geworden? Die Revisionisten lassen nichts unversucht, um den Klassencharakter der reaktionären Armee Chiles zu vertuschen. Diese Armee war nie etwas anderes als ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie und der amerikanischen Oberherren. Es waren die Revisionisten, die vor dem Putsch diese Armee den Werktätigen als eine „Volksarmee" angepriesen haben, die als Regierungspartei in Chile diese Armee aufgerüstet, dem Volk aber bei Strafe verboten haben, Waffen zu tragen. Sie haben ideologisch und militärisch die Massen entwaffnet und damit dem faschistischen Staatsstreich den Weg bereitet.

Mit ihrem Gejammer über die Menschlichkeit der Armee wollen die Revisionisten von ihren Verbrechen am chilenischen Volk ablenken, wollen sie vertuschen, daß ihre Theorie vom „friedlichen Weg zum Sozialismus" vollständig gescheitert ist. Ihr Geschwätz vom „menschlichen Wesen der Offiziere" soll verhindern, daß die Werktätigen überall in der reaktionären Armee die Hauptstütze der Macht ihrer Unterdrücker erkennen. Daß sie ihre eigene Bewaffnung vorantreiben, um diese Stütze zu zerbrechen und ihre eigene Macht zu errichten.

8. Kongress des Albanischen Gewerkschaftsverbandes

Am 20. Juni begann in Korca der 8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes. Dieser Kongreß wird die Bilanz ziehen über die Arbeit der letzten 5 Jahre und im Einklang mit den Ergebnissen des 7. Parteitages die Aufgaben für die nächsten Jahre stellen.

Der Albanische Gewerkschaftsverband ist eine revolutionäre, klassenkämpferische Gewerkschaftsorganisation. Für eine solche Organisation ist im Sozialismus die höchste Aufgabe „die Erziehung der Arbeiterklasse, die Hebung ihres politischen und ideologischen Bewußtseins, die Organisierung und Mobilisierung der Werktätigen im Kampf für den sozialistischen Aufbau, für ihre aktive Teilnahme beim Regieren des Landes." (Enver Hoxha) Dabei konnten in den letzten fünf Jahren große Erfolge erzielt werden. Beispielhaft dafür stehen die im letzten Jahr erzielten Ergebnisse: der Abstich des ersten albanischen Stahls und die Sicherung der Brotgetreideversorgung aus eigener Kraft.

Als revolutionäre Klassengewerkschaft sieht der Albanische Gewerkschaftsverband aber nicht nur seine Aufgaben in Albanien. Er leistet auch einen großen Beitrag für die internationale Arbeiterbewegung. Lebendiger Ausdruck davon ist die Tatsache, daß zum 8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes Delegationen aus aller Welt eingeladen wurden. Im folgenden drucken wir die Grußadresse unserer Delegation an den 8. Kongreß ab.

Grußadresse des ZK der KPD/ML an den Albanischen Gewerkschaftsverband

Genossen Rita Marko, Vorsitzender des Zentralrates des Albanischen Gewerkschaftsverbandes

An die Delegierten des 8. Kongresses des Albanischen Gewerkschaftsverbandes

Im Namen des Zentralkomitees der KPD/ML, im Namen der Kommunisten, der revolutionären Arbeiter und Gewerkschafter Deutschlands überbringen wir dem 8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes und durch ihn der albanischen Arbeiterklasse und dem gesamten Volk unsere herzlichen, brüderlichen Kampfesgrüße.

Es ist für uns eine besondere Ehre, an dem 8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes teilnehmen zu dürfen; denn der Albanische Gewerkschaftsverband ist nicht nur die machtvolle, revolutionäre Massenorganisation der albanischen Arbeiterklasse, er ist zugleich eine ruhmreiche Abteilung der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Unter der marxistisch-leninistischen Führung der Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze hat der Albanische Gewerkschaftsverband stets die Prinzipien und Ziele der revolutionären Gewerkschaftsbewegung hochgehalten und entschieden gegen Revisionismus und Opportunismus verteidigt.

Als die Partei der Arbeit unter der Führung des Genossen Enver Hoxha heldenhaft den Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus aufnahm, um die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus gegen den abgrundtiefen Verrat des modernen Revisionismus zu verteidigen, da erhob sich auch der Albanische Gewerkschaftsverband wie ein Mann, um unter der Führung der Partei und des Genossen Enver den revisionistischen Arbeiterverrätern die Maske vom Gesicht zu reißen, ihren niederträchtigen Verrat an den Interessen und Zielen des Weltproletariats zu entlarven.

In dem der Albanische Gewerkschaftsverband in dieser komplizierten Situation ohne im geringsten zu schwanken die Fahne des Kampfes gegen den Imperialismus, für die Revolution und den Sozialismus hochhielt, erwarb er sich um den revolutionären Befreiungskampf des internationalen Proletariats unsterbliche Verdienste.

Auf diesem 8. Kongreß kann der Albanische Gewerkschaftsverband eine reiche Bilanz großer Siege und zahlreicher Erfolge ziehen. Im Kampf gegen den Imperialismus mit dem USA-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus an der Spitze, gegen Reaktion und Revisionismus nimmt der Albanische Gewerkschaftsverband einen Ehrenplatz in den vordersten Kampflinien des Weltproletariats ein. In der Sozialistischen Volksrepublik Albanien marschiert die Arbeiterklasse, geführt von der Partei der Arbeit und zusammengeschlossen im Albanischen Gewerkschaftsverband, siegreich auf dem Weg des vollständigen Aufbaus des Sozialismus vorwärts. Im Kampf gegen alle inneren und äußeren Feinde, gegen die imperialistisch-revisionistische Einkreisung wurde und wird die Diktatur des Proletariats nicht nur verteidigt, sondern unaufhörlich gestärkt und gefestigt. So ist die Sozialistische Volksrepublik Albanien heute das von den revolutionären Arbeitern aller Länder, den um ihre Befreiung kämpfenden Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt geliebte Leuchtfeuer des Sozialismus. Geführt von der Partei der Arbeit Albaniens hat der Albanische Gewerkschaftsverband zu diesem historischen sozialistischen Aufbauwerk einen großen Beitrag geleistet.

Wir sind sicher, daß dieser 8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes neue historische Siege der albanischen Arbeiterklasse vorbereiten wird, indem er dazu beiträgt, das große Kampfprogramm, das der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens der albanischen Arbeiterklasse und dem gesamten albanischen Volk gegeben hat, entsprechend der Losung „Arbeiten, kämpfen und leben wie im Belagerungszustand" im Vertrauen auf die eigene Kraft in die Tat umzusetzen.

Wir möchten diese Gelegenheit benutzen, um noch einmal der Freude und der Begeisterung Ausdruck zu verleihen, mit der die deutschen Kommunisten und die revolutionären Arbeiter unseres Landes die Ergebnisse des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens und insbesondere den Bericht des Genossen Enver Hoxha begrüßt haben. Der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens hat nicht nur für die Sozialistische Volksrepublik Albanien und die albanische Arbeiterklasse historische Bedeutung. Indem er die internationale Lage marxistisch-leninistisch analysierte, indem er die Theorien der Revisionisten und Opportunisten, die im Kern alle auf die Kapitulation vor dem Imperialismus, auf die Einstellung des revolutionären Kampfes, auf die Politik der Klassenzusammenarbeit gegenüber den Ausbeutern und Unterdrückern des Proletariats hinauslaufen, entlarvte und widerlegte, arbeitete der klar und eindeutig die Kampfaufgaben der internationalen kommunistischen Bewegung, des Weltproletariats und der um ihre Befreiung kämpfenden unterdrückten Völker heraus. Das ist eine große Ermutigung und Unterstützung für alle, die heute im Kampf gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte, gegen Reaktion und Revisionismus stehen.

Die ungeteilte marxistisch-leninistische Führung durch die Partei der Arbeit ist die entscheidende Grundlage für die grossen Siege, die der Albanische Gewerkschaftsverband und die albanische Arbeiterklasse errungen haben und in Zukunft erringen werden. Der siegreiche Kampf des Albanischen Gewerkschaftsverbandes widerlegt vollständig die Theorien der Revisionisten und Opportunisten, daß die Gewerkschaften politisch neutral und unabhängig von der Partei der Arbeiterklasse sein müßten. Die albanische Arbeiterklasse, der Albanische Gewerkschaftsverband siegten, siegen und werden siegen, weil sie untrennbar mit der Partei der Arbeit und dem Genossen Enver Hoxha verbunden sind, weil die marxistisch-leninistische Linie der Partei ihre Linie ist und weil nichts und niemand diese stählerne Einheit zerstören kann.

Während unter der Diktatur des Proletariats in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien siegreich der Sozialismus aufgebaut wird, wird die gesamte kapitalistische und revisionistische Welt von heftigen politischen und wirtschaftlichen Krisen erschüttert. Ständige Verschlechterung der Lebenslage, verschärfte Ausbeutung, wachsende politische Unterdrückung — das kennzeichnet die Lage des Proletariats sowohl in Westdeutschland und Westberlin als auch in der revisionistischen DDR. Millionen sind arbeitslos. Es wachsen die Unzufriedenheit, die Empörung und der Kampfeswille unter den Arbeitern.

Aber diese wachsende Kampfbereitschaft des Proletariats wird sabotiert durch die von den Sozialdemokraten und den modernen Revisionisten beherrschten reaktionären Gewerkschaftsapparate. Weder der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund in der DDR noch der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Bundesrepublik und in Westberlin sind Klassenorganisationen des Proletariats. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund-Apparat in der DDR ist ein Instrument der neuen Bourgeoisie der DDR und des russischen Sozialimperialismus, um die Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats in der DDR zu steigern und zu verschärfen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund-Apparat in Westdeutschland und Westberlin ist ein Kampfinstrument der westdeutschen Monopolbourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Die Führer dieser reaktionären Gewerkschaftsapparate gehören selbst zur Bourgeoisie, sie sind selbst Ausbeuter und Unterdrücker der Arbeiterklasse.

Das ist für das Proletariat in unserem Land eine schwierige Situation: Es muß seine Kämpfe nicht nur gegen die Bourgoeisie, sondern auch gegen die reaktionären Gewerkschaftsapparate führen. In Westdeutschland, Westberlin und in der DDR ist es darum die Aufgabe der KPD/ML, der kommunistischen und revolutionären Gewerkschafter, in den täglichen Kämpfen der Arbeiterklasse die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen, um die reaktionären Gewerkschaftsapparate zu isolieren, die Millionen Gewerkschaftsmitglieder auf revolutionärer Grundlage, also im Geiste des unversöhnlichen Kampfes gegen den Kapitalismus, der sozialistischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland zusammenzuschließen.

In diesem Kampf ist der von der Partei der Arbeit Albaniens geführte Albanische Gewerkschaftsverband für uns ein leuchtendes Beispiel. Die historischen Siege des albanischen Proletariats werden für uns immer Vorbild, Ansporn und Ermutigung sein.

Es lebe der 8. Kongreß des Albanischen Gewerkschaftsverbandes!

Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Es lebe der Marxismus-Leninismus und der proletarische Internationalismus!

Filip Kota
Zwei entgegengesetzte Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung



Filip Kota
Zwei entgegengesetzte Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung

Der Verfasser ist Mitglied des Zentralrates des Gewerkschaftsverbandes Albaniens. Er widmet in seinem Buch der Frage nach dem Verhältnis der wirtschaftlichen Kämpfe zum politischen Kampf des Proletariats für die sozialistische Revolution breiten Raum. Eng hängt damit die Frage nach dem Verhältnis zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen und der kommunistischen Partei zusammen.
182 Seiten, DM 5,80

Vom Aufbau des Sozialismus

BEWUNDERNSWERTE FÜRSORGE

Korrespondenz. Ich arbeite in einem kleinen Hamburger Krankenhaus, in das oft Seeleute von ausländischen Schiffen kommen. Oft sind diese Seeleute in einem erbärmlichen Zustand, krank, abgemagert, schlecht ernährt. Meistens kommen sie auch allein hier an, ohne Dolmetscher und manchmal auch voller Angst, daß ihnen in der Zeit ihrer Abwesenheit ihe ganzes Hab und Gut auf dem Schiff gestohlen werden könnte bzw. das Schiff einfach ohne sie mitsamt ihrem Besitz wegfahren würde, was auch tatsächlich vorkommt.

Ein völlig anderes Bild dagegen bot sich uns, als vor kurzer Zeit ein chinesisches Frachtschiff mit zwei kranken Seeleuten im Hafen lag. Diese beiden Seeleute kamen nicht allein



sondern wurden vom Schiffsarzt und vom Kapitän begleitet, der als Übersetzer fungierte. Der Schiffsarzt schilderte uns bei der Einlieferung der Patienten genau die Symptome ihrer Krankheit und die bisherige Behandlung, was auf beeindruckende Weise zeigte, daß auf diesem chinesischen Frachter die Gesundheit der Seeleute mit großer Fürsorge behandelt wird. Gleichzeitig stellte der Schiffsarzt sehr detaillierte Anforderungen an die Untersuchungen und die Behandlung, die wir im Krankenhaus vornehmen sollten, aus denen ebenfalls eine Haltung sprach, für die Gesundheit der Besatzung weder Mühen noch Kosten zu scheuen.

Dieser krasse Unterschied zwischen der Behandlung der Seeleute auf Schiffen kapitalistischer Länder und auf dem Schiff eines sozialistischen Landes hat alle Kollegen sehr beeindruckt.

KULTURAUSSTELLUNG DER VR CHINA IN FRANKENBERG/EDER

Vom 28. 5. bis 31. 5. fand in Frankenberg/Eder eine Kulturausstellung der VR China statt, deren Veranstalter die Arbeitsgemeinschaft für Philatelie und Kultur / Frankenberg war. Die Ausstellung umfaßte eine große Ausstellung mit Briefmarken, Ersttagsbriefen und Innerverkehrsbriefen aus der VR China, eine Sammlung mit Fotos, die das Leben in der VR China zeigten, eine kleine Sammlung von chinesischen Kunstgewerbeartikeln sowie eine thematisch gegliederte Sammlung von Briefmarken aus der VR China. Außerdem wurden fast den ganzen Tag über Filme aus der VR China gezeigt.

AUFSCHWUNG DER INDUSTRIEPRODUKTION IN CHINA

Wie die Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet, hat die Industrieproduktion in der Volksrepublik China einen neuen hohen Stand erreicht. Der Gesamtwert der Industrieproduktion stieg im Monat April um 7,9% im Vergleich zum Monat März und 10,8% im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres. Produktionszuwachs wurde vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie in Anschan, dem größten Komplex dieser Art in China erreicht. Auch die tägliche Produktion von Rohöl, Kohle, Elektroenergie, Kunstdüngemitteln usw. hat zugenommen. Ferner ist die Produktion von Traktoren im Monat April um 22,8% im Vergleich zur gleichen Periode des Vorjahres gestiegen. Erfolge wurden auch im Transportwesen erzielt. Das Warenumschlagsvolumen bei der Hochseeschiffahrt lag im April 10,3% über dem Plan.

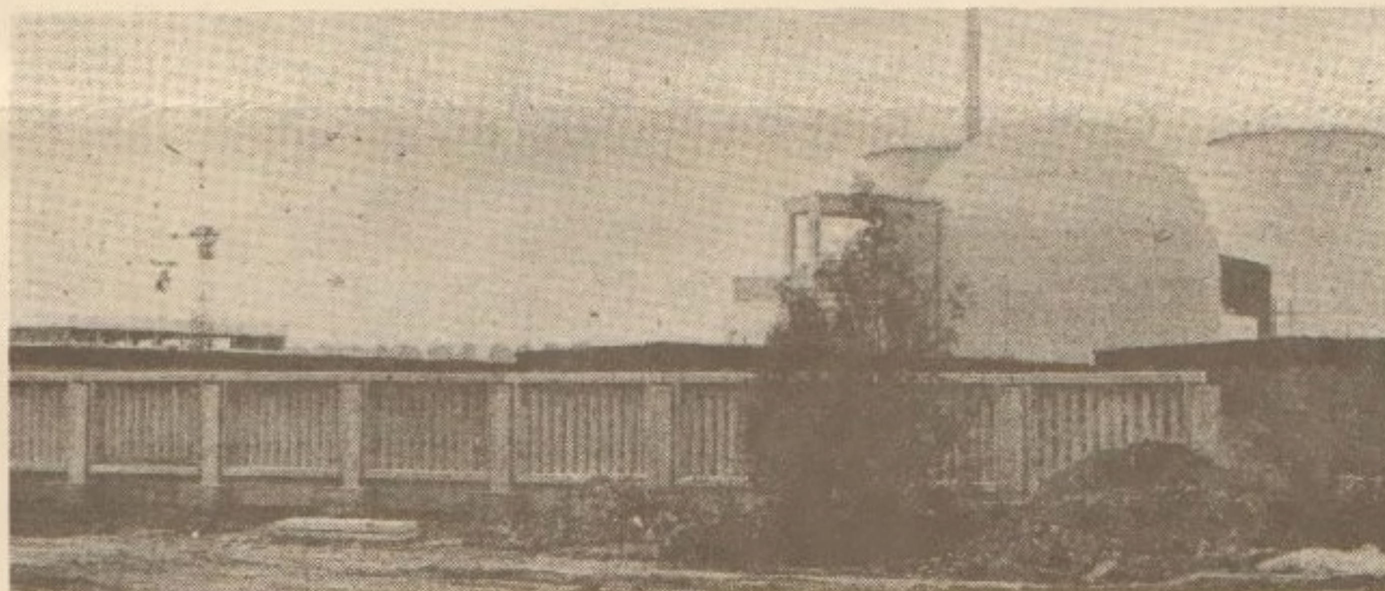
Korrespondenz der Roten Garde Bergstraße

Kampf gegen Atomkraftwerk Biblis

Am 28. Juni ist es soweit. Der schon zweimal verschobene Erörterungstermin für das AKW Biblis Block C soll dann beginnen. Das mit 2.500 Megawatt derzeit größte Atomkraftwerk der Welt soll um 1.300 MW erweitert werden, später noch einmal um 1.300 MW. Aber schon jetzt ist klar, daß der Anhörungstermin nur durchgezogen wird, um vor der Bevölkerung den Schein zu wahren. Für die RWE-Kapitalisten ist der Bau von Block C längst beschlossene Sache. Trotz des Protests der Bevölkerung. Über 30 Bürgerinitiativen gegen AKWs haben sich hier mittlerweile gegründet. Und es haben immerhin über 50.000 Menschen im Rhein-Main-Neckar-Raum mit ihrer Unterschrift gegen das AKW protestiert.

Abgesehen von der gesundheitlichen Schädigung im Normalbetrieb und der lebensbedrohenden Auswirkungen bei einem Unfall, bedeuten die vorhandenen Blöcke A und B und der fest geplante Block C allein mit ihrer hohen Grundwasserentnahme einerseits und der extrem starken Nebelbildung andererseits eine starke Schädigung der Landwirtschaft, von der ein großer Teil der Riedbevölkerung und der Bergsträsser Winzer lebt. Aber daran haben sich die Herren von der RWE bisher nicht gestört. Ihre Sorgen sind nicht die der Arbeiter und Bauern.

Was ihnen allerdings Sorge bereitet, ist die Frage, wie sie den Bau von Block C gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen. Denn für die Zeit nach dem Erörterungstermin sind starke Kämpfe zu erwarten. Die Bevölkerung wird den Bau des Block C nicht mehr so einfach hinnehmen wie vor einigen Jahren A und B. Deshalb will die RWE jetzt im Auftrag der „Bund-Länder-Kommission" zum Schutz aller kerntechnischen Anlagen einen Betongitterzaun um das gesamte Gelände errichten. Das heißt, also auch um die geplante Baustelle. Das Ungetüm ist 2,50 m hoch, mehrere Kilometer lang und wird in Windeseile zur Zeit mit Fertigteilen errichtet. Kostenpunkt: 10 Millionen DM. Offenbar bezahlt von Bundesmitteln, d. h. aus unseren Steuergeldern. In der bürgerlichen Presse erklärte ein Staatssekretär aus dem hessischen Innenministerium das sei notwendig, da „ein verändertes Täterbild" optimalen Schutz für die Kernkraftwerke erfordere. Es gehe nicht gegen friedliche Demonstranten und Bürgerinitiativen. Es wurde außerdem diskutiert, ob die deutschen Kernreaktoren künftig mit Wassergräben, Flutlicht- und Überwachungsanlagen zur Verteidigung gegen Terroristen und militante Demonstranten ausgerüstet werden sollen. — Wer sich also nicht mehr von dem pazifistischen Geschwätz der Wüstenhagen und anderer verwirren läßt und so kämpft wie in Wyhl und Brokdorf, der ist für die Bourgeoisie ein „Terrorist", gegen den geht sie mit Bürgerkriegsmethoden vor. Aber wie die Erfahrung zeigte, kann die Bourgeoisie auch auf diese Weise den Kampf der Werktätigen nicht verhindern. Ihr Terror wurde beantwortet.



Betongitterzaun um das Kernkraftwerk Biblis

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Polizeiterror in Münster

Liebe Genossen!

In dem Bericht, der im „Roten Morgen" Nr. 22 über einen Vorfall in Münster abgedruckt ist, sind einige Übermittlungsfehler enthalten. Es tut mir leid, daß diese Korrektur euch nicht eher erreicht hat, aber meine Kopfschmerzen ließen es nicht zu, euch früher zu schreiben. Wie ihr wißt, bin ich nach einer Solidaritätsveranstaltung der RHD mit dem Genossen Wolfgang Brod, der bei uns im Knast sitzt, brutal zusammengeschlagen worden. Vorher hatte man mir noch angedroht mich zu erschießen, oder vielmehr, der eine Polizist forderte den anderen auf, mich zu erschießen. „Dann knall ihn doch einfach ab, den Hund!" Später begnügte er sich damit: „Hau ihm die Pistole übern Kopf!"

Ich ging zu Boden. Ein dritter Polizist war hinzugekommen und jetzt prasselten die Schläge von allen Seiten auf meinen Kopf. Sie schlugen in wahnsinniger Wut nur auf meinen Kopf und wollten damit nicht aufhören. Sie schlugen allerdings hauptsächlich mit dem Gummiknüppel und weniger mit der Pistole. Hätte ich 20 Schläge mit dem Pistolenknauf bekommen, ich wäre nicht mehr am Leben. Aber auch ohne dies dachte ich, daß sie mich totschlagen wollten, und schrie, damit sie es nicht heimlich tun konnten. Ich nahm die Hände und Arme über den Kopf, um ihn zu schützen (ich hatte ähnliches vorher in der Rote-Hilfe-Zeitung gelesen). Sie schlugen meine Uhr kaputt, meine Arme und Hände waren voll mit blauen Flecken. Ich blutete aus einer Platzwunde auf dem Kopf, die mir mit der Pistole beigebracht worden war, an einer Stelle, die ich mit meinen Händen nicht schützen konnte. Kurze Zeit darauf beruhigten sich die Polizisten. Sie „vertrösteten" mich: „Auf der Wache machen wir das noch einmal richtig!" Der eine Polizist steckte die Pistole ein und sagte: „Damit hast du eins übergekriegt." Dabei zeigte er sie mir noch einmal richtig. Dann zerrten sie mich hoch, nicht ohne mir im rechten Arm mit einer „Schließacht" das Blut abzudrehen. Das führte zu einem Bluterguß in der rechten Hand, der heute noch, nach vierzehn Tagen, zu spüren ist. Ich ballte die Hand zur Faust, das machte es erträglich. Auf meine Aufforderung hin locker zu lassen, drehte der Polizist fester zu. Die Schließacht wurde erst auf der Wache geöffnet. Als ich nun dort in der Wache saß, mein Gesicht war blutüberströmt, bekamen sie wohl Bedenken und holten einen Krankenwagen, der mich ins nächste Krankenhaus fuhr. (Ich war also nicht, wie es hieß, mehrere Stunden dort).

Der Gipfel der Unverschämtheit ist aber, daß sie jetzt dabei sind, eine Anklage gegen mich zusammenzubasteln wegen Widerstand und Körperverletzung! Die polizeiliche Vorladung wurde zu einem Termin anberaumt, an dem ich voraussichtlich noch vierzehn Tage im Krankenhaus zubringen mußte! Was die andere Seite betrifft, so hat sich bewahrheitet: „Wer für eine gerechte Sache kämpft, wird breite Unterstützung finden." Eine Welle der Empörung und der Solidarität breitet sich aus.

Rot Front!

Frankfurt

Kampf gegen nationales Faschistentreffen

Am 17. Juni hatten sich in Frankfurt 3.000 Faschisten zu einem „nationalen Treffen" versammelt. Der provokative Aufmarsch der Faschisten an diesem Tag hatte unter der Bevölkerung große Empörung hervorgerufen, und wenn die Faschisten geglaubt hatten, sie könnten sich ungestört versammeln, so sollten sie sich gründlich getäuscht haben.

Wie üblich hatte der Stadtrat von Frankfurt auch diesmal ein großes Aufgebot von Polizei aufmarschieren lassen, um die Faschisten zu schützen. Trotzdem hatten sich an den Kundgebungsorten der Faschisten zahlreiche empörte Revolutionäre, Antifaschisten und fortschrittliche Menschen versammelt, um die Faschistenkundgebungen zu verhindern. Auch die Genossen und Freunde der Partei beteiligten sich an den Aktionen. Die Polizei ging mit brutalem Terror gegen die Antifaschisten vor. Schon am Eingang des Ostparkes, wo sich die Faschisten unter anderem versammelten, hatten sie alles abgeriegelt. Passanten, die mit Plastiktüten vorbeikamen, mußten ihre Personalien angeben. Einige Personen wurden sogar in Vorbeugehaft genommen, einige Anhänger des KBW wurden verhaftet. Aber auch das Riesenaufgebot an Polizisten konnte nicht verhindern, daß gegen das Rednerpult der Faschisten am Römerberg ein Molotow-Cocktail geworfen wurde. Diese Aktion, bei der keiner verhaftet wurde, rief, als sie bekannt wurde, bei denen, die gegen die Faschisten demonstrierten, große Freude hervor.

Als Genossen der Partei in Bornheim die Parole „Tod dem Faschismus!" riefen, wurden sie von organisierten Schlägertrupps der Faschisten brutal angegriffen. Bei dem Kampf gegen die Faschistenbanden wurde ein Genosse so schwer verletzt, daß er 8 bis 10 Tage im Krankenhaus bleiben muß. Außerdem wurden sechs weitere Genossen verletzt.

Als sich die Faschisten zu ihrer Großkundgebung am Römer versammelten, war der ganze Platz hermetisch von der Polizei abgeriegelt, die mit brutaler Gewalt gegen die Antifaschisten vorging. Augenzeugenberichten zufolge wurden dabei zahlreiche Demonstranten verletzt.

Wegen Paragraph 88 A beschlagnahmt

Am 8. Juni haben der Bundesgrenzschutz und die Kriminalpolizei über hundert Bücher aus einem LKW beschlagnahmt, der aus Westberlin kommend die Grenze bei Helmstedt passieren wollte. Die beiden Fahrer wurden vorübergehend festgenommen.

Die Bücher stammen zum größten Teil aus dem Bestand des Oberbaum-Verlages, unter den beschlagnahmten Büchern befand sich allerdings auch die Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Die Aktion des Bundesgrenzschutzes und der Polizei richtete sich gegen ein Flugblatt zu den Konventswahlen an der „Freien Universität" Westberlin. Es handelt sich dabei um das Programm der „Revolutionären Liste", das auf Initiative des KSB/ML aufgestellt worden war und für das die presserechtlich Verantwortliche der Partei für Westberlin, die Genossin Ilse Schaake, verantwortlich zeichnete. Weil in diesem Programm die Studenten dazu aufgefordert werden, „sich militant gegen die Polizei zu wehren", wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Paragraph 88 a, der die Befürwortung der revolutionären Gewalt verbietet, und wegen Aufrufs zu Landfriedensbruch gegen die beiden Fahrer des LKWs eingeleitet.

Die Beschlagnahmeverfügung und die eingeleiteten Ermittlungsverfahren sind ein erneuter Angriff auf die kommunistische und revolutionäre Agitation und Propaganda. Wir protestieren entschieden gegen diesen Terrorakt des Bundesgrenzschutzes, der Polizei und der bürgerlichen Klassenjustiz und erklären uns mit den angeklagten Genossen solidarisch.

Wir haben allerdings bisher weder dem Oberbaum-Verlag noch der Redaktion der „Roten Fahne" eine Solidaritätserklärung geschickt, wie die „Rote Fahne" Nr. 24/77 fälschlich behauptet.

Wir sehen uns allerdings gezwungen, einige Bemerkungen zu den Praktiken der Gruppe Rote Fahne (GRF) und des Oberbaum-Verlags in diesem Zusammenhang zu machen.

Es ist schon, gelinde gesagt, eine Unverschämtheit, wenn in der Presseerklärung des Oberbaum-Verlages der Anlaß für die Durchsuchung des LKWs, für die Beschlagnahmung der Bücher und die Einleitung der Ermittlungsverfahren — das auf Initiative des KSB/ML aufgestellte Programm der „Revolutionären Liste" — überhaupt nicht erwähnt wird, und wenn in der „Roten Fahne" Nr. 24/77 zwar das Programm der „Revolutionären Liste" erwähnt wird, aber mit keinem Wort die Tatsache, daß für das Flugblatt die presserechtlich verantwortliche Genossin der KPD/ML verantwortlich zeichnet, daß dieses Programm auf Initiative des KSB/ML verabschiedet worden ist. Das Falschspiel, das hier betrieben wurde, hat offensichtlich den Grund, daß die GRF die revolutionäre Linie unserer Partei seit langem offen bekämpft und deshalb die Tatsache, daß die Genossin Ilse Schaake für das Flugblatt verantwortlich zeichnet, einfach unterschlägt. Dies ist um so niederträchtiger, weil es auf der Hand liegt, daß diese Genossin ebenfalls von einer Anklage wegen des Paragraphen 88 a und wegen des „Verdachts auf Anstiftung zum Landfriedensbruch" bedroht ist.

Genosse Günter, wir werden Dich nie vergessen!

Vor drei Jahren, am 18. Juni 1974, starb Genosse Günter Routhier, nachdem er zwei Wochen vorher das Opfer eines brutalen Polizeieinsatzes bei einem Arbeitsgerichtsprozeß in Duisburg geworden war. Im Gedenken an den Tod unseres Genossen versammelten sich am 18. Juni zusammen mit seiner Frau Rotraud Routhier Freunde und Genossen der Partei zu einer Trauerfeier.

In einem geschlossenen Zug, dem ein Kranz der Partei vorangetragen wurde, gingen die Teilnehmer der Trauerfeier zum Grab des Genossen Günter. Dort sang der AP-Trupp der Partei bei gesenkten Parteifahnen das Lied „Unsterbliche Opfer". Anschließend wurden der Kranz der Partei mit der Aufschrift „Genosse Günter, wir werden Dich nie vergessen!" und ein Gesteck der Roten Garde niedergelegt.

Ein Genosse der Partei rief in seiner Rede den Anwesenden die Worte in Erinnerung, die Genosse Günter kurz vor seinem Tod zu den Genossen sagte, die ihn besuchten:

„Die Partei", sagte Genosse Günter, „hat schon vor einem Jahr immer wieder gesagt: Die Imperialisten haben ihren Staatsapparat, und sie werden ihn äußerst gewaltsam gegen die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Partei einsetzen, deshalb kann es nur einen Weg geben: Revolution, gewaltsame Zerschlagung des Staatsapparates. Ich hatte bisher Illusionen in diesen Staat. Ich habe versucht, mit der Polizei zu diskutieren, und ich habe gedacht, das sind auch Menschen. Heute sehe ich, daß die Partei recht hat. Wenn ich diese Verletzung überlebe, dann will ich noch besser mit der Partei kämpfen."

Genosse Günter konnte diesen Wunsch nicht verwirklichen. Aber seine Worte, sein Vermächtnis wurden für andere zum Anlaß, den Kampf mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution aufzunehmen. Es wird sich in Zukunft bewahrheiten, was Genosse Ernst Aust am Grab von Günter Routhier sagte:

„Nie werden wir Dich vergessen. Dein Tod wird nicht ungesühnt bleiben. Er war nicht umsonst. Tausende und Abertausende neue Kämpfer werden aufstehen, um den Kampf fortzusetzen, in dem Du gefallen bist. Den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Frieden und Freiheit, für ein glückliches Leben unseres Volkes in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland!" Die Trauerfeier in Duisburg wurde mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale beendet.



Trauerfeier zu Ehren des Genossen Günter

Prozeßankündigungen

Am 5. Juli soll vor dem Landgericht Aachen der Prozeß gegen das Flugblatt der Partei „Es war Mord" fortgesetzt werden. Das Flugblatt war 1974 nach dem tödlichen Betriebsunfall einer 15jährigen Arbeiterin bei der Firma Prym in Stolberg erschienen. **Termin:** 5. Juli 77, 2. Kleine Strafkammer, Landgericht Aachen, Adalbertsteinweg 90, Zimmer 433, Beginn 11.45 Uhr.

Am 27. 6. beginnt die Berufungsverhandlung gegen die Genossen Maicke und Martin sowie gegen Bernhard K. wegen der Vorgänge im Arbeitsgericht Duisburg im Juni 1974. In der ersten Verhandlung waren Martin zu 3.000 DM, Maicke zu 1.200 DM Geldstrafe verurteilt worden. Prozeßtermine: 27. 6.; 29. 6.; 1. 7.; 4. 7.; 6. 7.; 8. 7. Jeweils 9.00 Uhr im Landgericht Duisburg.

Aus aller Welt

Azania: Rassisten ermorden 12 Demonstranten

Vor einem Jahr erhob sich die afrikanische Bevölkerung in Soweto und anderen Städten zu machtvollen Kämpfen gegen das südafrikanische rassistische Unterdrückerregime. Seit dieser Zeit haben die Kämpfe niemals aufgehört, obwohl sie die rassistische Polizei durch brutalen Terror, durch die Ermordung mehrerer hundert Menschen, zu ersticken versuchte. Am 16. Juni, dem Jahrestag der Aufstände, haben in Soweto und anderen Städten erneut machtvolle Demonstrationen gegen das Vorsterregime stattgefunden. Und erneut ließ Vorster die Polizei das Feuer eröffnen: 12 Demonstranten fielen den Kugeln zum Opfer und mindestens 32 wurden schwer verletzt. Die Kämpfe in Soweto hatten bereits am 9. und 10. Juni begonnen als Tausende trotz der Verhängung des Ausnahmezustandes in den Straßen demonstrierten. Die Demonstranten setzten sich gegen die Polizei mit Gewalt zur Wehr und errichteten zahlreiche Barrikaden. Am 10. Juni kam es zwischen der Polizei und den Demonstranten zu stundenlangen Kämpfen, in deren Verlauf zwei Polizeifahrzeuge in Brand gesteckt und umgestürzt wurden.

Die ermordeten Demonstranten am Jahrestag des Aufstandes von Soweto zeigen erneut das blutige Gesicht des faschistischen Regimes, das von den amerikanischen, englischen, französischen und westdeutschen Imperialisten unterstützt wird. Aber das Volk von Azania hat sich zum Kampf erhoben und läßt sich weder durch Gewehrkugeln noch brutalen Terror einschüchtern. Sein Kampf wird diesem Regime den Todesstoß versetzen.

DBR/INDONESIEN

Dieser Tage hält sich der Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Westdeutschlands, Kollatz, zu einem Besuch in Indonesien auf. Mit hohen Beamten Djakartas unterzeichnete er die Vergabe einer neuen Anleihe in Höhe von 110 Mio. DM für Indonesien. Kollatz bemühte sich, den Kredit für Indonesien als eine „Hilfe" darzustellen. Aber die Bedingungen, an die er gebunden ist, und der hohe Zinssatz zeigen klar, daß er in Wirklichkeit dem Eindringen des westdeutschen Monopolkapitals in Indonesien den Weg bahnt. Die Annahme von zahlreichen Krediten aus kapitalistischen Ländern hat die wirtschaftliche Lage Indonesiens sehr erschwert. Die Tilgung der Schulden macht inzwischen 19% der Einkommen aus, die das Land durch den Export erzielt.

VR CHINA

Die Nachrichtenagentur Hsinhua veröffentlichte eine Erklärung des Außenministeriums, in der gegen die flagrante Verletzung der Souveränität der Volksrepublik China durch Japan protestiert wird. In der Erklärung heißt es unter anderem, daß die japanische Regierung ohne Rücksicht auf den entschiedenen Einspruch der chinesischen Regierung die automatische Billigung eines Abkommens zwischen Japan und Südkorea erzwang, das einseitig die Zone der gemeinsamen Entwicklung, d. h. der Schürf- und Fischereirechte usw. im Kontinentalsockel des Ostchinesischen Meeres festlegt. Die chinesische Regierung protestiert ernsthaft bei der japanischen Regierung gegen die flagrante Verletzung der Souveränität Chinas. Sie hält es für notwendig, erneut darauf hinzuweisen, daß die japanische Regierung die volle Verantwortung für alle sich aus dieser Verletzung ergebenden Folgen zu tragen hat. Das Außenministerium der Volksrepublik China, meldet Hsinhua, ist befugt, zu erklären:

„Der Kontinentalsockel des Ostchinesischen Meeres ist die natürliche Verlängerung des kontinentalen chinesischen Territoriums. Die Volksrepublik China übt die unantastbare Souveränität über den Kontinentalsockel des Ostchinesischen Meeres aus. Sie ist der Ansicht, daß das Problem der Aufteilung der Teile des Kontinentalsockels des Ostchinesischen Meeres, an dem andere Länder interessiert sind, von China und anderen interessierten Ländern durch Beratungen entschieden werden muß. Das sogenannte Abkommen über die gemeinsame Entwicklung des Kontinentalsockels zwischen Japan und Südkorea, das von der japanischen Regierung mit Behörden Südkoreas einseitig hinter dem Rücken Chinas unterzeichnet wurde, ist völlig ungesetzlich und ungültig."

FRANKREICH

Gedungene Killer haben am 6. Juni in Reims aus einem fahrenden Auto heraus einen Arbeiter, der bei den „Glaswerken der Champagne" Streikposten stand, durch mehrere Schüsse ermordet. Der feige Anschlag hat bei den französischen Werktätigen große Empörung hervorgerufen. Zu Ehren des Ermordeten und aus Protest gegen den Terroranschlag kam es überall in Frankreich zu Streiks und Demonstrationen. Um der Empörung die Spitze abzubrechen, rief die von den modernen Revisionisten beherrschte Gewerkschaft CGT die Arbeiter dazu auf, lediglich „symbolisch" zu streiken. Die französischen Arbeiter werden jedoch trotz des Terrors faschistischer Mörderbanden und des Verrats der revisionistischen Gewerkschaftsführer immer besser erkennen, daß sie sich im revolutionären Klassenkampf zusammenschließen müssen, um ihre Forderungen durchzusetzen und sich von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

USA

Am 4. und 5. Juni erhoben sich in Chicago Tausende von Puerto-Ricanern, um gegen die rassistische Unterdrückung und ihre Ausbeutung durch die amerikanische Monopolbourgeoisie zu protestieren. Als sie sich im Humboldt-Park zu einer machtvollen Demonstration versammelten, wurden sie brutal von der Polizei überfallen. Hunderte von Demonstranten wurden dabei durch Gewehrschüsse verletzt. Die Polizei setzte sogar Reiter und Hubschrauber ein, um die Demonstration auseinanderzutreiben. Die empörten Demonstranten setzten sich jedoch gegen den Terror der Polizei zur Wehr, griffen die Polizisten an und bauten Barrikaden. Im Verlauf der Kämpfe ermordete die Polizei zwei Jugendliche.

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL

Bandeira Vermelha
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUES (RECONSTRUIDO)

Spanien — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien — Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità
ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m-l)

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Wahlen in Spanien

Beginn einer neuen Epoche?

Die Wahlfarce in Spanien ist vorüber. Wie erwartet ging aus ihr der amtierende Ministerpräsident Suarez als Sieger hervor. Den zweiten Platz belegten die Sozialisten Felipe Gonzales, und weit abgeschlagen endete die revisionistische Verräterclique um Santiago Carrillo und Dolores Ibarruri. Mit einem Riesenaufwand haben die faschistische Oligarchie, die Revisionisten und Opportunisten, unterstützt von den Imperialisten und Sozialimperialisten den spanischen Werktätigen einzureden versucht, mit den „ersten freien Wahlen seit 41 Jahren" beginne in Spanien eine „neue Epoche der Demokratisierung und Liberalisierung.

Aber haben die Wahlen etwa Schluß gemacht mit der faschistischen Unterdrückung des Volkes, mit dem Polizeiterror in den Betrieben und den Straßen der Städte? Können die Wahlen etwa vergessen machen, daß die Polizei der faschistischen Monarchie in den Monaten seit dem Tod Francos Dutzende von Antifaschisten, Patrioten und Revolutionären ermordet hat? Diese Tatsachen zeigen das wahre Gesicht der Monarchie: dem Faschisten Franco folgte der Faschist Juan Carlos!

Ebensowenig haben die Wahlen etwas an der Ausbeutung der spanischen Werktätigen durch die Oligarchie und die ausländischen imperialistischen Konzerne geändert, noch etwas daran, daß Spanien vom amerikanischen Imperialismus besetzt ist und versklavt wird. Nur elende Verräter wie die modernen Revisionisten konnten sich unter diesen Umständen zu Weißwäschern der faschistischen Monarchie machen.

Die wirklichen Revolutionäre, die KP Spaniens/ML dagegen hat von Anfang an den betrügerischen Charakter der angeblichen Demokratisierung und der Wahlfarce vor dem Volk entlarvt. In einem Interview mit Radio Tirana erklärte so Genosse Raoul Marco vor kurzem:

„Durch die sogenannte Demokratisierung wollen die spanische Oligarchie und ihre US-imperialistischen Oberherren die faschistische Diktatur im wesentlichen aufrechterhalten, während sie sie mit einigen parlamentarischen Ornamenten, falschen Wahlen, Bewegungsfreiheit für die Revisionistenchefs, die sozialdemokratischen und bürgerlichen Bosse usw. verzieren möchten... Praktisch handelt es sich hier um eine Taktik, bei der die klassische terroristische Diktatur mit einigen Verzierungen an der Fassade verbunden wird. Während diese neue Taktik des Feindes zunächst Illusionen bei einigen Schichten der Massen erweckte, hob die KP Spaniens/ML das Banner des ununterbrochenen Kampfes gegen die Monarchie und ihre Manöver hoch."

Deshalb rief die KP Spaniens/ML zum Wahlboykott auf. Die Bourgeoisie wird jetzt angesichts einer Wahlbeteiligung von ca. 80% behaupten, die Völker Spaniens hätten mit dem Stimmzettel ihrem Willen Ausdruck verliehen. Aber es sind die Millionen von Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen, die in den letzten Monaten im Streik standen, die auf den Barrikaden gegen die faschistische Polizei kämpften, die sich unter der Losung des Kampfes für die Republik sammelten, die den wirklichen Willen der Völker Spaniens zum Ausdruck bringen. „Tod dem Faschismus — Freiheit für das Volk!" — unter dieser Losung der KP Spaniens/ML schließen sich immer mehr Werktätige zusammen. **Sie wissen, daß es für Spanien nur einen Weg zur Freiheit geben kann: den der Revolution.**

Friedensparolen der Imperialisten sind Betrug!

Fortsetzung von Seite 1

rer imperialistischen Natur begründet liegt. Aber ob sie zusammenarbeiten oder miteinander rivalisieren, bleiben die beiden Supermächte in jedem Fall die größten Feinde des Sozialismus, der Revolution, der Freiheit und der Unabhängigkeit.

Im übrigen können die Völker im Westen und Osten Europas ein Lied davon singen, wie die „Zusammenarbeit" zwischen den beiden Supermächten und ihren jeweiligen Verbündeten und Vasallen aussieht. Im Osten haben die Kremlherren unter dem Deckmantel der „sozialistischen Integration" die Ausplünderung der von ihnen beherrschten Länder noch weiter verschärft. Schwerer als je zuvor leiden die Völker dieser Länder unter dem Militärstiefel der russischen Besatzer. Und unmißverständlich haben die neuen Zaren im Kreml deutlich gemacht, daß sie ihre Oberherrschaft mit allen Mitteln verteidigen wollen. So hat sich Breschnew in seine neue Verfassung ausdrücklich das „Recht" hineinschreiben lassen, jederzeit nach Belieben militärische Aggressionen gegen die Länder unter sowjetischer Kontrolle unternehmen zu können wie vor neun Jahren gegen die Tschechoslowakei.

Und wie sieht es im Westen aus? Natürlich können hier die Dollarimperialisten ihre Herrschaft nicht so unbeschränkt ausüben wie ihre sowjetischen Rivalen im Osten. Aber auch in den Beziehungen zwischen Washington und seinen westeuropäischen Verbündeten gilt das Gesetz des Stärkeren. So hat Carter in den Vorbereitungstreffen zur Belgrader Konferenz seine Verbündeten auf „Kurs" gebracht. Die „eine Stimme", mit der sie jetzt in Belgrad reden, ist in Wirklichkeit die Stimme des amerikanischen Imperialismus, die Stimme der Wallstreet-Monopole, die in Westeuropa starke Stellungen besitzen und die hier Hunderttausende von Soldaten, Panzern und Atomraketen stationiert haben, um die Völker in Schach zu halten.

Die beiden Supermächte versuchen ihre imperialistische Raubpolitik hinter der Parole von der „besonderen Verantwortung", die sie angeblich für den Rest der Welt übernehmen müssen, zu verstecken. Sie wollen den Völkern Europas und der Welt nur noch eine Wahl lassen, die zwischen dem amerikanischen Atomschirm oder dem sowjetischen. Aber unzählig sind die Beispiele der letzten Jahre, die immer wieder gezeigt haben, daß die Völker den Frieden nicht aus der Hand der Kriegstreiber, Sicherheit nicht von den Unruhestiftern, gesellschaftlichen Fortschritt nicht als Geschenk der Weltreaktion empfangen können. Die Tschechoslowakei, Chile, Indochina, Angola ... das ist die Blutspur der Supermächte.

Carter hat mit unverhohlener Offenheit am Vorabend der Belgrader Konferenz erklärt: „Ich neige dazu, die Sowjetunion aggressiv, natürlich auf friedliche Weise, in den Gebieten der Welt herauszufordern, die heute, oder möglicherweise in 10 oder 15 Jahren, für uns von entscheidender Wichtigkeit sind. Dazu gehören Länder wie Vietnam, der Irak, Somalia und Algerien, Länder wie die Volksrepublik China und sogar Kuba." „Auf friedliche Weise", diese demagogische Einschränkung Carters kann nicht den Charakter seiner Drohung als Kriegserklärung verhüllen.

Kuba — das weckt Erinnerungen an die Krise von 1962, als Chruschtschow und Kennedy die Welt an den Rand des Krieges trieben. Die Kuba-Krise machte schon damals deutlich: Niemals kann die eine Supermacht „auf friedliche Weise" in den Herrschaftsbereich der anderen eindringen, um einen Teil dieses Bereiches unter die eigene Kontrolle zu bringen. Die imperialistischen Räuber verteidigen ihre Beute mit Zähnen und Klauen. Deshalb kann der Kampf um die Neuaufteilung dieser Beute nur mit gewaltsamen Mitteln, mit Subversion und Sabotage, letzten Endes nur mit dem Mittel des imperialistischen Raubkriegs geführt werden.

Die Erklärung Carters zeigt noch etwas anderes: Die beiden Supermächte betrachten die anderen Länder nur als Objekte ihres Schachers und ihrer Rivalität. Wie die Erwähnung der VR China durch Carter zeigt, haben sie ihr strategisches Ziel, die Vernichtung der sozialistischen Länder, der VR China und der SVR Albanien nicht aufgegeben. Und ausgerechnet diese Verbrecher spielen sich auf als die „natürlichen Verbündeten" der Völker, wie sich die Sozialimperialisten nennen und als „Vorkämpfer für die Menschenrechte", wie sich die amerikanischen Imperialisten nennen.

Wenn Carters Diplomaten jetzt in Belgrad die Menschenrechte zum Hauptpunkt der Verhandlungen machen wollen, dann hat das nicht das geringste zu tun mit dem revolutionären Kampf der Völker Osteuropas zur Abschüttelung des Jochs der russischen Supermacht. Ihre Kampagne für „Menschenrechte" dient allein dazu, Druck auszuüben auf die Kreml-Herren, proamerikanische Stimmungen in Osteuropa zu verbreiten und sich den Völkern, die unter dem Joch der neuen Zaren leiden, als Befreier hinzustellen.

Die Kreml-Herren ihrerseits haben für Belgrad einen Katalog vorbereitet, der die Verletzungen der Menschenrechte durch die westlichen Imperialisten aufzählt, angefangen bei der Unterdrückung der Afro-Amerikaner bis zu den Berufsverboten in Westdeutschland. Der Zweck ist der gleiche: Auch sie, die in den Ländern unter ihrer Kontrolle jeden Widerstand gegen ihre Ausbeuterherrschaft mit blutigem Terror zu unterdrücken versuchen, wollen sich den um soziale und nationale Befreiung kämpfenden Völkern des Westens als Stütze, ja als Hauptkraft dieses Kampfes empfehlen.

Deshalb kann die Belgrader Nachfolgekonferenz ebenso wie ihre Vorläuferin nur dazu dienen, die gefährlichen Machenschaften der beiden Supermächte zu vertuschen und die Völker einzulullen. Die Sicherheit kann nur erreicht werden, wenn die Aggressions- und Expansionspolitik der Supermächte entschieden bekämpft und sie samt ihren Soldaten und Stützpunkten aus Europa verjagt werden.

RADIO TIRANA — Anzeige —

Aktuelles Nachrichtenbulletin des einzigen sozialistischen Senders in Europa in deutscher Sprache (erscheint 14tägig)

- Auswahl der wichtigsten in diesem Zeitraum ausgestrahlten deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana
- Berichte über den Aufbau des Sozialismus in Albanien
- Albaniens Ansichten in internationalen Fragen
- Theoretische Artikel
- Wichtige Erklärungen und Dokumente

Abonnements zu beziehen durch: **Rotfront-Verlag, Postfach 3746, 23 Kiel 1.**

Zur Konferenz der Zeitschrift "Befreiung"

Propaganda für den Sozialchauvinismus

Am 28. Mai führten in Westberlin die Sozialchauvinisten der Gruppe Rote Fahne eine Konferenz mit Teilnehmern aus verschiedenen Ländern unter dem Titel „Die Sowjetunion heute — eine imperialistische Supermacht“ durch. Wohlweislich trat dabei jedoch die Gruppe Rote Fahne (GRF) nicht offen als politische und organisatorische Leitung der Konferenz in Erscheinung, sondern versteckte sich hinter einem ihrer sogenannten „Massenorgane“, hinter der Zeitschrift „Befreiung“, die ein gewisser Dr. Wagner in Westberlin herausgibt. Diese Konferenz war ein neuerliches Beispiel dafür, wie die GRF versucht, unter die Marxisten-Leninisten die imperialistische Ideologie des Chauvinismus, die Beschönigung und Verteidigung der „eigenen“ westdeutschen Monopolbourgeoisie zu tragen — unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus.

„Der ‚Rote Morgen‘“, werden die GRF-Führer in bekannter Demagogie folgern wollen, „ist also gegen Konferenzen über die Entwicklung der Sowjetunion“. Doch so einfach ist das nicht. Sicher, wenn das NATO-Hauptquartier in Washington zu einer Konferenz aufruft, um im Interesse des US-Imperialismus und seiner Vorherrschaft die Entwicklung der Sowjetunion zu untersuchen und das eigene aggressive Vorgehen zu bestimmen, sind wir in der Tat strikt dagegen. **Dafür** sind wir aber, wenn Marxisten-Leninisten auf der Grundlage des Kampfes für die proletarische Weltrevolution, auf der Grundlage des antiimperialistischen Kampfes die Entwicklung der Sowjetunion gemeinsam studieren, um den Kampf gegen beide imperialistische Supermächte noch entschiedener und schlagkräftiger führen zu können. Auch werden wir jederzeit derartige Konferenzen von Menschen unterstützen, die zwar keine Marxisten-Leninisten, dafür aber ehrliche Antiimperialisten sind, die aufrichtig den Kampf der Völker gegen den russischen Sozialimperialismus wie den USA-Imperialismus unterstützen wollen.

Wie aber ist das mit der Konferenz der Zeitschrift „Befreiung“, wo ist diese Konferenz unter der Schirmherrschaft der GRF einzuordnen? Auf der Konferenz in Westberlin selbst wurde stets betont, daß sich hier „Wissenschaftler“ träfen, daß dies eine „wissenschaftliche Konferenz“ sei. Nehmen wir einmal die GRF und ihren Dr. Wagner: Ist ihre Grundlage der Marxismus-Leninismus, die Ideologie und Wissenschaft der Arbeiterklasse? Orientiert sich ihre Wissenschaft am Kampf der Arbeiterklasse um nationale Unabhängigkeit, Freiheit und Sozialismus? Die marxistisch-leninistische Wissenschaft bestimmt im Kampf gegen die Gefahr des imperialistischen Krieges die proletarische Revolution, den Sturz des Imperialismus im eigenen Land als das Entscheidende in Verbindung mit der Unterstützung des Kampfes der Völker gegen den Imperialismus und insbesondere gegen die beiden imperialistischen Supermächte. Doch ist das die Grundlage der Zeitschrift „Befreiung“, ist das die Grundlage der GRF und ihrer Konferenz?

Im Gegenteil, es ist bekannt, daß die konterrevolutionäre Feststellung Semlers, die proletarische Revolution heute in Deutschland zu propagieren, sei der „zeitgemäße Ausdruck des Trotzkismus“, noch bis heute steht. Und so ist es auch nicht verwunderlich, daß von „sozialistischer Revolution“, vom Sturz des Imperialismus auf der Konferenz von Seiten der GRF-Führer nicht ein Wort fiel.

Ihre Grundlage des Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus ist nach wie vor nicht der Kampf des internationalen Proletariats für die Weltrevolution, sondern bürgerlicher Nationalismus. Sie wollen nicht den Sturz des „eigenen“ Imperialismus, der die Arbeiterklasse ausbeutet und unterdrückt, andere Völker im Gefolge der beiden Supermächte ausplündert und selbst Komplize des US-Imperialismus ist. Für sie ist das höchste der Gefühle, mit „wissenschaftlicher“ Miene und erhobenem Zeigefinger zu beklagen, daß die westeuropäischen Imperialisten „den Weg gehen“, „sowohl gegenüber den Werktätigen ihrer Länder als auch gegenüber der dritten Welt imperialistische Beziehungen aufrechtzuerhalten“. Sie tun damit so, als gäbe es für diese Imperialisten auch einen anderen Weg, als könnten diese Imperialisten ihren Charakter wandeln, als könnten sie von Feinden zu Freunden der Völker werden, wenn sie doch nur wollten.

Es ist klar, daß die Arbeiterklasse mit einer solchen Einstellung zum Imperialismus weder einen drohenden imperialistischen Krieg verhindern, geschweige denn je zur sozialistischen Revolution und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats gelangen kann. Vielmehr sind dies Positionen, die angesichts der internationalen Lage direkt den westdeutschen Imperialisten nützen, die Arbeiterklasse im eigenen Land niederzuhalten und den eigenen Anteil an der Ausplünderung der Völker der Welt zu vergrößern.

Offensichtlich wurde diese Unterstützung des westdeutschen Imperialismus durch die GRF auch in dem Referat, das der GRF-Führer Schwiedrzik auf der Konferenz hielt, der hier als „Redakteur“ auftrat. Auf die Militärpolitik der westdeutschen Imperialisten eingehend, begrüßte er die neuesten „Raumverteidigungspläne“ der westdeutschen Militaristen, nach denen das Land in Planquadrate aufgeteilt werden soll, in denen jeweils Ranger-Einheiten aufgestellt werden sollen. Die westdeutschen Imperialisten hätten dabei angeblich, so Schwiedrzik, von der Volkskriegstaktik in Vietnam und von Mao Tsetung gelernt, nur habe man dabei leider das Volk „vergessen“. Aber immerhin sei das als Alternative zur atomaren Verteidigungskonzeption ein „positiver Aspekt“.

Schwiedrzik irrt, wenn er glaubt, es handele sich bei den Raumverteidigungsplänen der westdeutschen Militaristen um eine Alternative zur atomaren Verteidigungskonzeption — vielmehr soll das eine das andere ergänzen. Das Entscheidende jedoch ist: Die westdeutschen Imperialisten haben keineswegs bei ihrer Planung von Ranger-Einheiten das Volk „vergessen“: denn eben gegen das deutsche Volk wie gegen alle anderen betroffenen Völker richten sich genau diese Ranger-Einheiten.

Also immer noch wie schon vor zwei Jahren bei der GRF: **Stärkung der imperialistischen Bundeswehr;** immer noch: **Verbreitung von Illusionen, die westdeutsche imperialistische Armee, die im Rahmen der NATO ihre Befehle aus Washington erhält, könnte sich in eine Armee des Volkes verwandeln. Nichts hat sich an den konterrevolutionären Positionen der GRF gewandelt — nur daß man heute versucht, geschickter, unverfänglicher zu formulieren als noch vor zwei Jahren, als die „Rote Fahne“ der GRF der westdeutschen Arbeiterklasse den Kampf gegen die amerikanischen Besatzertruppen zu „verbieten“ suchte.**

Bessere Tarnung der sozialchauvinistischen Positionen — dem diente auch das Versteckspiel, das die GRF trieb, indem sie die Zeitschrift „Befreiung“ als Veranstalter der Westberliner Konferenz auftreten ließ. Schon immer war es ein beliebter Trick der Opportunisten, die die sozialistische Revolution verleugneten, den eigenen Opportunismus und Verrat hinter solchen selbstgeschaffenen „Massenorganisationen“ zu verbergen, um dann zu argumentieren: „Was wollt ihr denn, das ist doch keine kommunistische Partei, die für die Revolution ist, sondern eine ‚demokratische Massenorganisation‘.“ Doch der Betrug entlarvt sich schnell von selbst: Denn dieselben, die im Saal saßen, mögen bei dieser Veranstaltung in der „Roten Fahne“ als „fortschrittliche Demokraten“ firmieren, bei der nächsten Veranstaltung als Freunde „sozialistischer Kulturschaffender“ und einen Tag später als „Genossen und Freunde“ der GRF, um schließlich bei einer entsprechenden Veranstaltung als „revolutionäre Betriebsarbeiter“ geführt zu werden. Nur die Massen, deretwegen man doch angeblich auf die Propagierung der sozialistischen Revolution verzichtet — die findet man dort nicht.

Doch das Versteckspiel mit der Zeitschrift „Befreiung“ diente auch noch einem anderen Zweck: Mit ihm sollten offensichtlich Marxisten-Leninisten wie Nils Holmberg aus Schweden und andere getäuscht werden, die sich offensichtlich im Blätterwald der westdeutschen Opportunisten nicht genügend auskennen, die aber zu einer Konferenz der sozialchauvinistischen GRF nicht gekommen wären. Andererseits aber diente dieses Versteckspiel der GRF zugleich dazu, sich gegenüber dem Imperialismus noch offener geben zu können: So fand man auf dem Literaturtisch der Zeitschrift „Befreiung“ mit ausdrücklicher Empfehlung der Redaktion Literatur wie „Wehrforschung aktuell“ des Lehmann-Verlages München, einem führenden Verlag der westdeutschen Militaristen. Auch bourgeoise Kräfte konnten auf dem Kongreß das Wort erhalten, wie der als „japanischer Militärkommentator“ vorgestellte Osanei, von dem eine Analyse der sowjetischen Flotte vorgelesen wurde, wie sie auch von NATO-Strategen oder von „westdeutschen Militärkommentatoren“ wie Adalbert Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hätte verfaßt werden können. Dazu paßte die Empfehlung an einem anderen Literaturtisch im Vorraum: Empfohlen wurde das Buch eines berüchtigten belgischen NATO-Generals „Europa ohne Verteidigung“.

Bei soviel „Bündniswilligkeit“ und Zuneigung ließ es denn auch die „zweite Welt“ nicht an Erwiderung mangeln: Das „Forum für Entwicklungspolitik“, ein Zusammenschluß von Gruppen, unter anderem reaktionärste Kirchenkreise, der auf Bestreben der Bonner Regierung zustandegekommen ist, ließ eine kurze Grußadresse vortragen. Nun, das ist zwar noch kein Telegramm von der Bonner Hardthöhe oder aus dem Brüsseler Hauptquartier, aber immerhin.

Alle Tarnungsversuche der GRF, sei es, daß sie sich hinter der Zeitschrift „Befreiung“ versteckt, sei es, daß sie mit diesem Trick auch marxistisch-leninistische Vertreter für ihre Konferenz hat gewinnen können, vermögen eines nicht zu verbergen: die Absichten und Ziele der GRF-Führer, im Kampf gegen die sozialistische Revolution bürgerlich-nationalistische, sozialchauvinistische Positionen zu verbreiten, sind nach wie vor die gleichen und müssen nach wie vor schonungslos bekämpft werden.

Bezeichnende Kürzungen

In der „Roten Fahne“ Nr. 21 findet sich auf der Seite 2 ein Artikel, der durch die Überschrift „Radio Tirana: . . .“ als Abdruck einer Sendung des albanischen Rundfunks gekennzeichnet ist. Wer nun allerdings glaubt, die „Rote Fahne“ hätte eine Spalte ihrer Zeitung dem einzigen sozialistischen Sender in Europa zur Verfügung gestellt, der sieht sich getäuscht. Die Überschrift hält nicht, was sie verspricht.

Sichtbar (durch drei Pünktchen gekennzeichnet) und unsichtbar für den Leser hat die „Rote Fahne“ den Kommentar von Radio Tirana gekürzt oder besser gesagt zensiert. Denn die vorgenommenen Kürzungen haben Methode. Die Sendung von Radio Tirana, erschienen in der Sendereihe „Die beiden Supermächte, die größten Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegstreiber“, basiert auf dem korrekten marxistisch-leninistischen Standpunkt der PAA, daß die Völker heute gegen beide Supermächte kämpfen müssen, daß sie sich keinesfalls im Kampf gegen die eine Supermacht auf die andere stützen dürfen.

Gerade dieser klare marxistisch-leninistische Standpunkt aber fällt der Zensur durch die „Rote Fahne“ zum Opfer. Mit Hilfe von Kürzungen und Auslassungen wird versucht, diese Sendung von Radio Tirana soweit zu verändern, daß sie mit der opportunistischen Linie der GRF, sich im Kampf gegen den „Hauptfeind“ Sozialimperialismus auf die andere Supermacht zu stützen, vereinbar erscheint. Während die „Rote Fahne“ abdruckt, was sich gegen den russischen Sozialimperialismus richtet, wird wegzensiert, was sich konkret gegen die US-Imperialisten und die NATO richtet, wird da der Rotstift angesetzt, wo Radio Tirana die Notwendigkeit des Kampfes gegen beide Supermächte begründet.

Die erste Stelle im Kommentar von Radio Tirana, die dabei ein Opfer der Zensur wird, ist ein Zitat aus dem Bericht des Genossen Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag, in dem es heißt: „Die Hauptstützpfeiler, auf denen die gesamte Hegemonie- und Expansionspolitik der Supermächte beruht und durch die sie verwirklicht wird, der wichtigste Schutzschild ihrer imperialistischen Systeme, die wichtigsten Waffen ihrer Rivalität und ihrer Kriegsvorbereitungen sind wie bisher auch heute die NATO und der Warschauer Vertrag, die politisch-militärischen Bündnisse der kapitalistischen und revisionistischen Länder, ihre Stützpunkte und Truppen in fremden Ländern.“

Die „Rote Fahne“ setzt den Rotstift auch da an, wo konkret auf die Bedrohung der Völker Europas durch die US-Truppen hingewiesen wird. (Wobei geflissentlich darauf verzichtet wird, die vorgenommene Kürzung auch entsprechend zu kennzeichnen). Vergleichen wir: „Die sowjetischen Truppen“, heißt es in der „Roten Fahne“, „sind Eliteeinheiten, die auf vorgeschobenen Stützpunkten für neue Aggressionen gegen die Freiheitsliebe der Völker stationiert sind. Sie sind grundlegende Waffen für die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte. (. . . .)“

Im Kommentar von Radio Tirana heißt es dagegen: „Die sowjetischen Truppen in Osteuropa, **ebenso wie die amerikanischen in Westeuropa,** sind Eliteeinheiten, die auf vorgeschobenen Stützpunkten stationiert sind zu neuen Aggressionen gegen die freiheitsliebenden Völker. Sie sind also grundlegende Waffen für die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte. **Die ungeheuren Militärausgaben, die ständige Aufrüstung dieser beiden Pakte erfolgt nicht im Namen des Friedens, wie man in Moskau und Washington glauben machen will, sondern im Interesse der Vorbereitungen auf neue Kriege und Aggressionen.“**

Ebenfalls der Zensur zum Opfer gefallen ist der Schluß des Kommentars von Radio Tirana, in dem es heißt: „Die PAA hat offen die Gefahren angeprangert, die den Völkern Europas und der anderen Kontinente durch die Aggressions-, Expansions- und Hegemoniepolitik der USA und der Sowjetunion drohen, die die Militärblöcke als hauptsächliches Werkzeug benutzen, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und Kriege vorzubereiten. Sie hat besonders vor der großen Gefahr der betrügerischen Theorie über die amerikanischen und sowjetischen Schutzschirme gewarnt, durch die die Kriegs- und Angstpsychose, die Ideen der bedingungslosen Unterwerfung unter die beiden Supermächte gezüchtet werden soll. Die Völker Europas in Ost und West können nicht nur sehr gut ohne die NATO und den Warschauer Pakt leben, sondern nur ohne diese aggressiven und imperialistischen Blöcke können sie frei und unabhängig leben.“

Bleibt die Frage, was soll das Ganze? Nun, die Stimme der Partei der Arbeit Albaniens ist vor allem nach dem 7. Parteitag auch in den Reihen der ehrlichen GRF-Genossen nicht ohne Gehör geblieben. Wer aber die marxistisch-leninistischen Stellungnahmen der PAA mit der Linie der GRF vergleicht, dem fallen natürlich grundlegende Widersprüche zwischen der marxistisch-leninistischen Linie der PAA auf der einen Seite und der opportunistischen Linie der GRF auf der anderen Seite auf. In dieser Situation hielten es die Führer der Gruppe Rote Fahne, zu feige, auf diese Widersprüche offen einzugehen, offenbar für angebracht, bei ihren Lesern den Eindruck zu erwekken, Radio Tirana verträte im Prinzip die gleiche politische Linie wie die „Rote Fahne“. Ein Unterfangen, das scheitern mußte und auch gescheitert ist. Der Marxismus-Leninismus und der Opportunismus, die korrekte Linie der PAA und die sozialchauvinistische Linie der GRF, lassen sich nicht unter einen Hut bringen, die bestehenden grundlegenden Widersprüche lassen sich nicht verkleistern. Wer es dennoch versucht, muß, wie in der „Roten Fahne“ geschehen, zum Mittel der Fälschung und des Betrugs greifen.

DIE „THEORIE DER DREI WELTEN“ — EINE MARXISTISCH-LENINISTISCHE THEORIE?

ZU DEN THESEN DER NEUEN OPPORTUNISTISCHEN STRÖMUNG

DIE „THEORIE DER DREI WELTEN“ — EINE MARXISTISCH-LENINISTISCHE THEORIE?

Erweiterte Ausgabe der Beilage zu „Roter Morgen“ Nr. 11/77. Aus dem Inhalt:
- Die „Drei-Welten-Theorie“ und Lenins Analyse der Epoche des Imperialismus sind unvereinbar
- Eine Theorie, die keine Klassen kennt, kann niemals eine Theorie des Proletariats sein
- Wie Lakaien des Imperialismus zu „Antiimperialisten“ gestempelt werden
- Ein hinterhältiger Angriff auf Genossen Mao Tsetung

56 Seiten, DM 1,50
Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68. Tel.: 040 / 3 90 29 59.



Rund 650 Freunde und Genossen feierten in Hamburg begeistert das zehnjährige Jubiläum des „Roten Morgen“



Rund 400 Freunde und Genossen besuchten das „Roter-Morgen“-Pressefest in Stuttgart

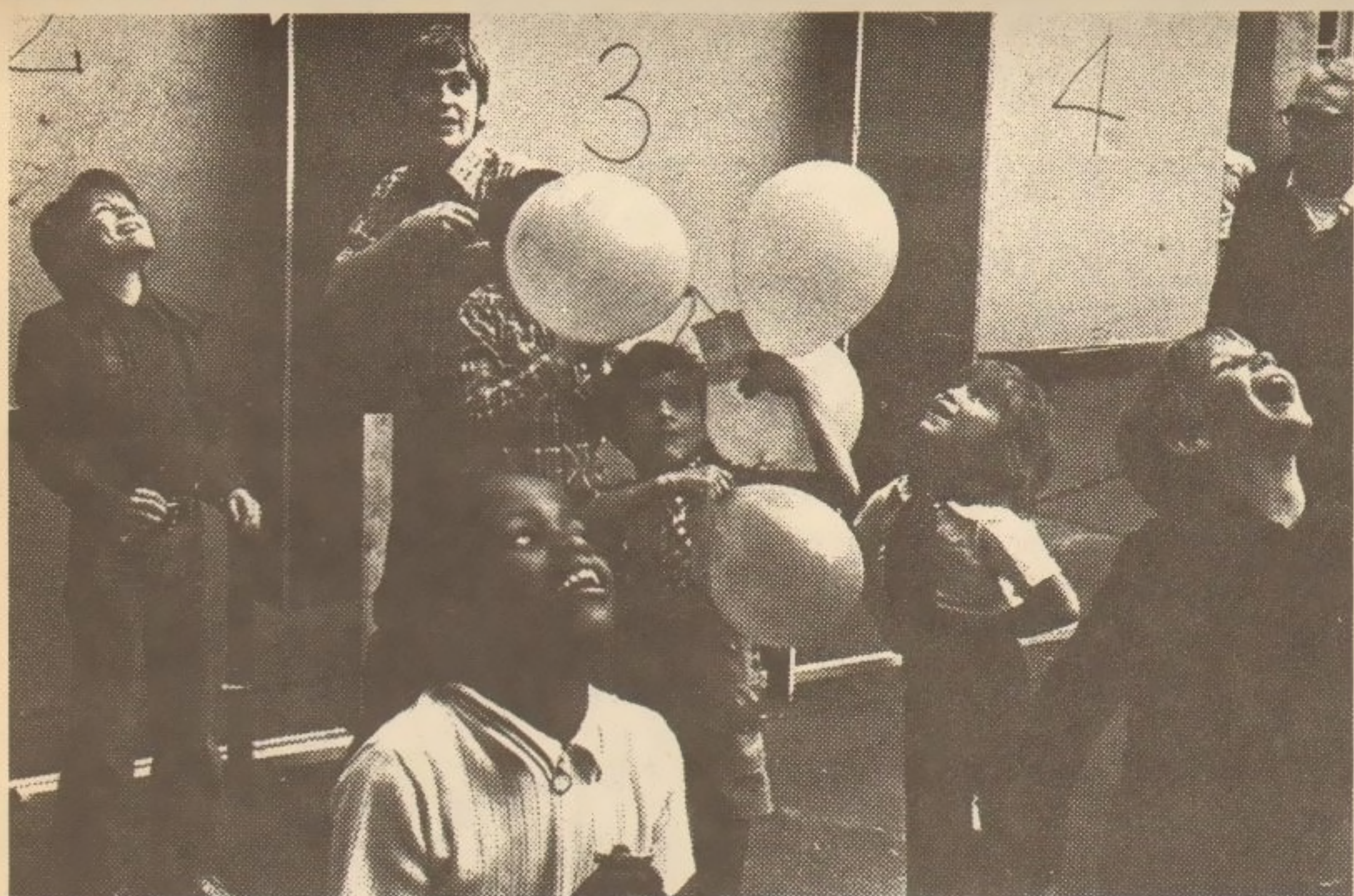
Pressefeste in Hamburg und Stuttgart



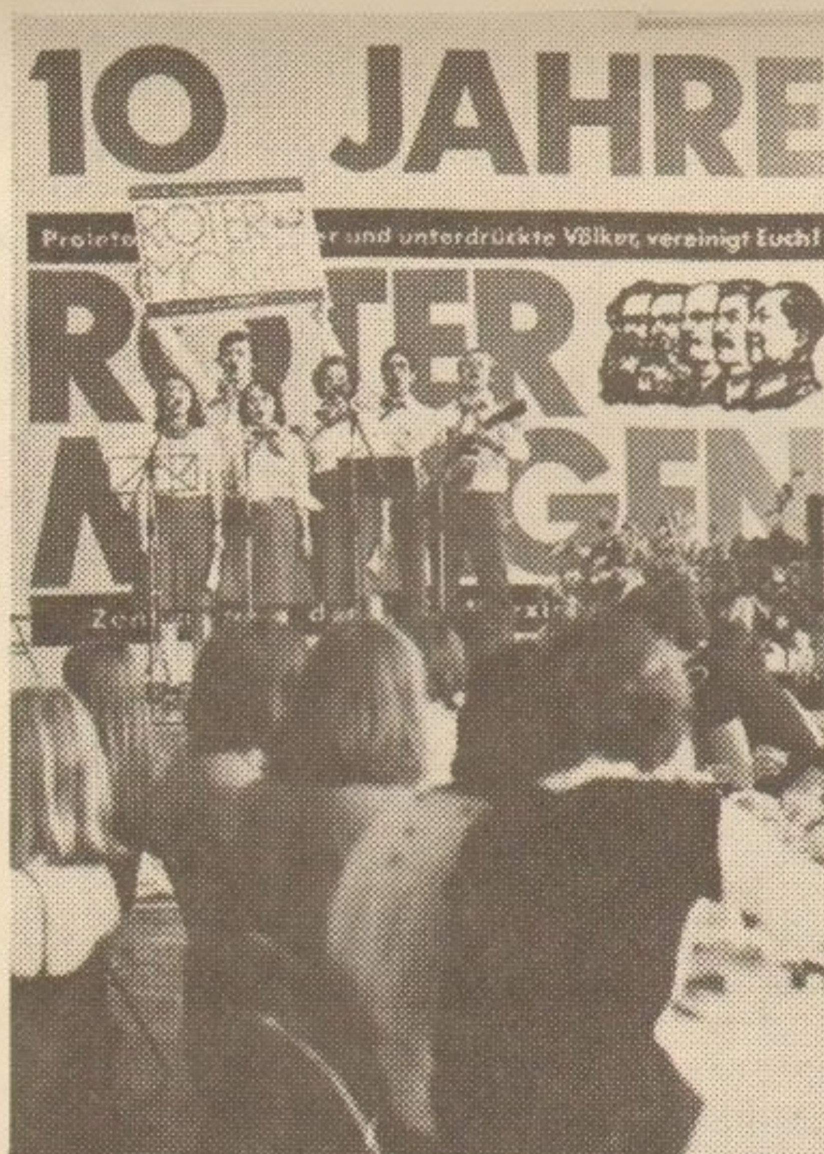
Die Genossen überreichen Genossen Gernot Schubert, der in Hamburg die Rede hielt, eine Furnierarbeit als Geschenk für den „Roten Morgen“



Höhepunkt des Pressefestes war die Rede des Vorsitzenden unserer Partei und Begründers des „Roten Morgen“, Genossen Ernst Aust



Auch für die Kinder gab es ein reichhaltiges Programm. Hier lassen sie Luftballons steigen, an denen eine Geschenkkarte hängt. Der Finder gewinnt ein „Roter-Morgen“-Abonnement, ein revolutionäres Buch oder etwas ähnliches.



„Haltet hoch im Kampf den Roten Morgen!“



Reger Betrieb herrschte am Literaturstand


Der Kieler Agitproptrupp der Partei bei der Aufführung eines Stücks über den „Roten Morgen“. Dargestellt wird die Verfälschung der Wahrheit durch die bürgerliche Presse anhand eines Falles von Polizeiterror gegen einen Kieler Werktätigen. Der Agitproptrupp spielt, wie es sich in Wahrheit zugetragen hat und wie es der „Rote Morgen“ berichtete.


Immer wieder wurde die Rede des Genossen Ernst Aust von begeistertem Beifall unterbrochen



Hast Du Deine Waffe schon erkannt?

Rede des Genossen Ernst Aust zum 10 jährigen Bestehen des 'Roten Morgen'

Freunde, Kollegen, Genossen!

Wir begehen oder besser feiern, heute das zehnjährige Bestehen des „Roten Morgen". Aus diesem Anlaß sage ich im Namen des Zentralkomitees allen Mitarbeitern des „Roten Morgen", seinen Redakteuren, seinen Setzern, seinen Lay-outern, den Genossen im Vertrieb und den vielen Genossen, die ihn verkaufen, die dafür sorgen, daß der „Rote Morgen" in die Hände der deutschen Arbeiterklasse gelangt, recht herzlichen Dank. Unser ganz besonders herzlicher Gruß gilt an dieser Stelle den Genossen der Sektion DDR der KPD/ML, die seit einem Jahr unter den schwierigen Bedingungen der sozialfaschistischen Diktatur ebenfalls erfolgreich den „Roten Morgen" — Ausgabe DDR — verbreiten.

Genossen,

vor 10 Jahren haben wir in Hamburg zusammengesessen und überlegt, welchen Namen wir der Zeitung geben sollten, die wir damals planten. Zunächst wurde erwogen, die Zeitung aus Traditionsgründen „Rote Fahne" zu nennen. Denn die „Rote Fahne", das war ja das ruhmreiche Zentralorgan unserer alten Partei, der revolutionären KPD Ernst Thälmanns. Da aber zu jener Zeit unsere österreichischen Genossen regelmäßig ihre „Rote Fahne" — monatlich, zeitweilig sogar wöchentlich — herausgaben und einen Großteil der Auflage nach Westdeutschland versandten, verzichteten wir, um keine Verwirrung zu stiften, auf diesen Namen. Ich schlug dann den Namen „Roter Morgen" vor. Warum? Die Nacht des revisionistischen Verrats war durch die Gründung des „Roten Morgen" beendet. Ein neuer Tag in der ruhmreichen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung brach an. Dieses historische Ereignis findet im Namen „Roter Morgen" seinen symbolischen Ausdruck.

Rückblickend gesehen, war es ganz gut, daß wir diese Entscheidung getroffen haben. Denn in der Folgezeit erlebten wir einen wahren Ausverkauf an „Roten Fahnen". Zeitweilig gab es hier in Westdeutschland außer der österreichischen „Roten Fahne" drei andere. Eine davon ist inzwischen eingegangen. Und die anderen flattern auch sehr müde, und manche sind leicht verblichen. Unser „Roter Morgen" dagegen hat seine Farbe seit damals nicht gewechselt, er ist nach wie vor strahlend rot!

Und Genossen, kommt es denn so sehr auf den Namen an? Namen sind, wie man sagt, Schall und Rauch. Nehmen wir das Beispiel der Gruppe Rote Fahne, die sich KPD nennt. Man kann der GRF nicht verbieten, sich KPD zu nennen. Man kann auch einer bürgerlichen Firma nicht den Namen verbieten. Aber der Name ist eben nicht das Entscheidende, es kommt auf den Inhalt an. Vertrauen wir auf die Massen! Sie erkennen heute bereits und werden in Zukunft noch besser erkennen, was hinter dem Namen steckt und diejenigen, die für diesen opportunistischen Inhalt verantwortlich sind, zur Rechenschaft ziehen.

Zehn Jahre „Roter Morgen". — Was sind zehn Jahre in der Geschichte der Menschheit? Zehn Jahre können kurz, aber auch sehr lang sein. Anläßlich des zehnjährigen Bestehens der „Prawda" schrieb Lenin:

„Zehnjähriges Jubiläum einer in Rußland erscheinenden bolschewistischen Tageszeitung... Erst zehn Jahre sind seitdem vergangen! Dem Inhalt des Kampfes und der Bewegung nach aber kommt diese Zeit hundert Jahren gleich!"

Wir wissen, was in der Zeit von 1912 bis 1922 geschah: Der 1. imperialistische Weltkrieg brach aus; die Parteien der II. Internationale erwiesen sich als Verräter; als Ergebnis der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entstand der erste sozialistische Staat der Welt; es folgten Revolutionen in anderen Ländern; 1919 wurde die III. Internationale gegründet. „Zehn Tage, die die Welt erschüttern", ist der Titel eines Buches über jene Zeit. Tatsächlich können zehn Tage manchmal eine größere Bedeutung in der Geschichte der Menschheit erlangen als 100 Jahre.

Was geschah in den letzten 10 Jahren?

Genossen,

was geschah nun in den zehn Jahren von 1967-1977, auf die wir heute zurückblicken? Diese Zeit war außenpolitisch sehr bewegt, innenpolitisch relativ ruhig.

Das hervorragendste Ereignis dieser zehn Jahre war die Große Proletarische Kulturrevolution, die die kapitalistische Entartung in China verhinderte, revisionistische Machthaber wie Liu Schao-tschi und Deng Hsiao-ping stürzte. Ihr wißt, daß der Klassenkampf auch unter der Diktatur des Proletariats weitergeht. Mit dem Machtantritt der Arbeiterklasse ist die Bourgeoisie noch lange nicht besiegt und niedergeschlagen. Nicht nur, weil sie in einem großen Teil der Welt noch existiert. Die negativen Erfahrungen der Entartung der ehemals sozialistischen Sowjetunion und anderer Länder haben gezeigt, wie groß die Gefahr der Entartung aufgrund der inneren Bedingungen ist.

Es ist notwendig, gegen Erscheinungen des Bürokratismus, gegen das Entstehen bürgerlicher Elemente in den Reihen der Partei zu kämpfen. Deshalb ist die Verteidigung der Diktatur des Proletariats in den sozialistischen Ländern eine vorrangige Aufgabe.

Bekanntlich hat die Sowjetunion in ihrer neuen Verfassung festgelegt, daß der sowjetische Staat ein „Staat des ganzen Volkes" sei. Die Revisionisten behaupten, dies sei eine „Weiterentwicklung" des Marxismus. Aber wir wissen, was wir davon zu halten haben. Es gab schon mehrere „Staaten des ganzen Volkes". Auch die Nazis nannten den Staat eine „Volksgemeinschaft". Im Westen spricht man davon, daß wir „alle in einem Boot sitzen". Dieser „Staat des ganzen Volkes" hat mit dem Sozialismus, hat mit den Lehren von Lenin, Stalin und Mao Tsetung nichts gemein. Es gibt heute Versuche, die Bedeutung der Kulturrevolution herabzumindern, ja es gibt sogar Versuche, sie anzugreifen. Dagegen haben wir sie, von der ersten Nummer des „Roten Morgen" an, der eine Grußbotschaft an eben diese Große Proletarische Kulturrevolution enthielt, bis heute immer verteidigt und werden auch in Zukunft immer zu ihr stehen.

Es gab auch negative Ereignisse in diesen zehn Jahren. Zu ihnen zählt der Überfall der Sowjetunion auf die ČSSR. Der „Rote Morgen" schrieb damals im September 1968:

„Natürlich befand sich die ČSSR unter der Führung der Dubcek-Clique auf dem Weg des Revisionismus. Natürlich eilte sie ihrem sowjetischen Vorbild mit Riesenschritten voran... Wer aber gab den Konterrevolutionären, den schamlosen Verrätern am Sozialismus im Kreml das Recht, die Konterrevolutionäre, die Verräter im Hradschin, Verräter und Konterrevolutionäre zu nennen? Wer gab den Herren in Moskau das Recht, mit Waffengewalt über das tschechische Volk herzufallen, um es auf den ‚allein seligmachenden Weg des sowjetischen Revisionismus' zu zwingen?"

Eine solche Stellungnahme fand sich damals nur in einer Zeitung, und diese Zeitung war der „Rote Morgen". Er allein griff den Überfall auf die ČSSR durch die russischen Sozialimperialisten an und entlarvte zugleich den Verrat der Dubcek-Clique.

Eines der bedeutendsten positiven Ereignisse in diesen zehn Jahren war der Sieg der indochinesischen Völker. Er bewies, daß ein kleines Volk, wenn es sich auf seine eigenen Kräfte stützt und im Volkskrieg ausharrt, auch den stärksten Gegner besiegen kann. Er war eine historische Schlappe für den US-Imperialismus.

Noch ein weiteres Ereignis in diesen zehn Jahren hat sehr große Bedeutung: die Verabschiedung der Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Warum? Weil sie heute die fortschrittlichste Verfassung der Welt ist. Lesen wir den Artikel 2. Dort heißt es:

„Die Sozialistische Volksrepublik Albanien ist ein Staat der Diktatur des Proletariats, der die Interessen der Werktätigen wahrnimmt und verteidigt."

Ihr wißt, wie die bürgerliche Presse gehetzt hat: Die nennen sich jetzt sogar Diktatur. Ja, Genossen, die Bourgeoisie ist natürlich zu feige, den Massen offen zu sagen, daß ihr Staat eine Diktatur ist, eine Diktatur des Kapitals nämlich. Der sozialistische Staat dagegen kann offen zu seinem Klassencharakter stehen. Und wir meinen, daß er auch offen und ehrlich in seine Verfassung hineinschreiben sollte, daß er eine Diktatur des Proletariats ist, d. h. die Herrschaft des Proletariats im Bündnis mit den werktätigen Schichten.

Der „Rote Morgen" hat immer an der Seite Albaniens gestanden. Im März 1968 erschien ein Grundsatzartikel mit der Überschrift: „Albanien, Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa." Dort schrieben wir, daß Albanien neben der Volksrepublik China die Stoßbrigade der Weltrevolution ist. Und wir zitierten Genossen Mao Tsetung, der in einer Adresse an den V. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens schrieb:

„Das heroische Volksalbanien ist ein großes sozialistisches leuchtendes Wahrzeichen Europas geworden. Mit euch verglichen sind die revisionistischen Führungscliquen der Sowjetunion, die jugoslawische Tito-Clique, Renegaten- und Arbeiterverräterklüngel aller Schattierungen nichts anderes als ein Häufchen Löß. Ihr dagegen seid bis in den Himmel emporragende Berge."

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Der „Rote Morgen", wir, die KPD/ML, stehen und kämpfen, was immer auch kommen mag, unverbrüchlich an der Seite unserer albanischen Bruderpartei, der prinzipienfesten Stoßbrigade der Weltrevolution! Laßt doch die Astrologen der Bourgeoisie spekulieren! Früher nannten sie uns „chinahörig", heute „albanienhörig". Weder das eine, noch das andere stimmt. Wir sind weder „chinahörig", noch „albanienhörig". Wir sind allein dem Marxismus-Leninismus hörig! Und das sind wir gern und werden es auch bleiben!

Wie sah es innenpolitisch in den letzten zehn Jahren aus? Mit der Krise 19666/67 erlebten wir das sichtbare Ende des sogenannten Wirtschaftswunders. Damit wurden aber auch Illusionen über die angeblich bestehende „Sozialpartnerschaft" in ihren Grundfesten erschüttert. Bekanntlich sagten und sagen die Kapitalisten: „Wir sitzen alle in einem Boot". Stimmt, aber während wir am Ruder sitzen und schwer arbeiten müssen, sitzen die Kapitalisten am Steuer und profitieren von unserer Arbeit!

Im Mai 1968 wurden dann die Notstandsgesetze verabschiedet. Damals schrieb der „Rote Morgen":

„Unter dem Vorwand des ‚Staatsnotstandes' ist die herrschende Clique jetzt jederzeit in der Lage, die Rede- und Versammlungsfreiheit, die Freizügigkeit einzuschränken und Bundeswehr gegen streikende Arbeiter aufmarschieren zu lassen: kurz, wie das Hitlerregime, zur offenen, faschistischen Terrorherrschaft überzugehen."

Gleichzeitig betonten wir, daß man die Notstandsgesetze weder unter- noch überschätzen darf:

„Ob die Monopolbourgeoisie die Bundeswehr mit oder ohne Rechtsgrundlage auf streikende Arbeiter schießen läßt, kommt schließlich auf dasselbe heraus."

Im Herbst 1968 traten die modernen Revisionisten mit der neuen revisionistischen Partei, der D„K"P, auf den Plan. Ohne ihre Mitglieder zu fragen, zogen sie diese Neugründung schnell über die Bühne. Und zwar, nachdem sie sie im Innenministerium mit Heinemann abgesprochen hatten. Sie haben damit genau wie ihre Vorgänger, die Verräter der II. Internationale **„für das Linsengericht der nach den heutigen Polizeigesetzen erlaubten Organisationen... das Recht des Proletariats auf Revolution verkauft"** (Lenin).

Unsere Antwort stand schon lange fest und folgte prompt. Ein Vierteljahr später, zur Jahreswende 1968/69, erfolgte die Gründung unserer Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Als Marxisten-Leninisten fragten wir natürlich vorher nicht die Bourgeoisie um Erlaubnis. Dagegen schrieben wir klipp und klar

in der ersten Nummer des „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD/ML, in der Januar-Nummer 1969:

„Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur.“

Das sagte damals einzig und allein die KPD/ML, das schrieb allein der „Rote Morgen“, ihr Zentralorgan.

Im August 1970 wurde dann der Moskauer Vertrag abgeschlossen. In der Folge der Warschauer Vertrag, der Vertrag mit Ostberlin usw. Es war die Periode der „neuen Ostpolitik“, in der der westdeutsche Imperialismus, politisch durch den russischen Sozialimperialismus aufgewertet, im Windschatten der beiden Supermächte einerseits mit ihnen bzw. einer von ihnen kollaborierte, andererseits mit ihnen rivalisierte. Es war die Zeit, in der der westdeutsche Imperialismus zunehmend seinen Einfluß als selbständige politische Macht vergrößerte, in der er die Vorherrschaft in der EG anzustreben und weiter auszubauen begann. Andererseits hatte natürlich diese „neue Ostpolitik“ große Bedeutung für die Verstärkung des Einflusses der russischen Sozialimperialisten auf Westeuropa.

Von Ende des Jahres 1974 bis heute erleben wir eine Wirtschaftskrise mit großen Arbeitslosenzahlen. Wir haben damals schon im „Roten Morgen“ geschrieben, daß die Zahl von einer Million Arbeitslosen nicht sinken wird. Das hat sich als richtig erwiesen. Und auch in Zukunft werden diese Zahlen im Durchschnitt nicht niedriger werden. Im Gegenteil.

Wie sah es in diesen zehn Jahren in der DDR aus? 1971 trat Ulbricht zurück, bzw. wurde zurückgetreten. Nicht, weil er etwa kein Revisionist war, er war ein Erzrevisionist, sondern weil Breschnew einen konzilianteren Lakaien brauchte. Deshalb holte man Honecker. Und dieser Verräter, der sich Kommunist nennt, schloß dann im Oktober 1975 den sogenannten „Freundschaftsvertrag“ mit Moskau ab, der nichts anderes ist als ein Kolonialvertrag, in dem die Herren in Pankow wie auch in der neuen Verfassung ihren Verrat an der deutschen Nation schwarz auf weiß besiegelten.

Die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML zur Jahreswende 1975/76 ist der entscheidende Schritt gewesen, damit eines Tages in der DDR das sozialfaschistische Regime gestürzt und die Diktatur des Proletariats wiedererrichtet wird.

Pressefreiheit im Kapitalismus?

Genossen,

wenn wir heute über das zehnjährige Bestehen des „Roten Morgen“ sprechen, dann müssen wir uns in diesem Zusammenhang auch kurz mit der Pressefreiheit beschäftigen. Was hat es damit auf sich?

Jede bürgerliche Verfassung, die auf sich hält, hat einen entsprechenden Paragraphen. So auch das Grundgesetz, in dem es in Artikel 5, Absatz 1 heißt:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten... Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

„Jeder hat das Recht...“ Sicher. Jeder hat auch das Recht, Millionär zu werden, aber hat er auch die Möglichkeit dazu? Wer hat denn das Geld, die Millionen, die man braucht, um eine Tageszeitung, eine Illustrierte zu gründen? Oder gar einen Fernseh- oder Rundfunksender zu betreiben? Habt Ihr die Millionen?

Wir Arbeiter haben sie nicht. Auch heute gilt, was Lenin vor Jahrzehnten sagte:

„Die jetzige Versammlungs- und Pressefreiheit in der ‚demokratischen‘ (bürgerlich-demokratischen) deutschen Republik ist Lug und Trug, denn in Wirklichkeit bedeutet sie die Freiheit für die Reichen, die Presse zu kaufen und zu korrumpieren, die Freiheit für die Reichen, das Volk mit dem Fusel der bürgerlichen Zeitungslüge betrunken zu machen...“ Oder:

„Die ‚Pressefreiheit‘ der bürgerlichen Gesellschaft besteht in der Freiheit für die Reichen, systematisch und unentwegt, tagtäglich in Millionen von Zeitungsexemplaren die ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen, die Armen zu betrügen, zu demoralisieren und zum Narren zu halten.“ Oder:

„Pressefreiheit bedeutet in der ganzen Welt, wo es Kapitalisten gibt, die Freiheit, Zeitungen zu kaufen, Schriftsteller zu kaufen, die ‚öffentliche Meinung‘ im Interesse der Bourgeoisie zu bestechen, zu kaufen und zu fabrizieren.“

Heute ist diese Macht des Finanzkapitals noch mehr ausgeweitet. Einmal durch die Existenz von Rundfunk und Fernsehen, wo der kapitalistische Staat das „Meinungsmonopol“ in Händen hält, zum andern durch die ungeheure Konzentration im Pressewesen — Springer, Bauer, Pabel, Bertelsmann usw. — und die Verquickung der Pressekonzerne mit dem kapitalistischen Staatsapparat. Gerade jetzt konnte man in der Zeitung lesen, daß Axel Caesar Springer diese moderne und vornehmste hanseatische Julius Streicher-Ausgabe, „in Anerkennung der um Staat und Volk erworbenen Verdienste“ von Scheel das große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband bekommen hat.

Genossen,

in der Nazi-Zeit war die Presse völlig gleichgeschaltet. Und heute? Heute ist die Presse in grundsätzlichen Fragen genauso gleichgeschaltet. Mancher wird vielleicht sagen: Aber zwischen dem „Bayernkurier“ und dem „Stern“ da gibts doch einen Unterschied. Sicher gibts den — das Papier. Es gibt natürlich auch sonst Unterschiede — im Rahmen der bürgerlichen Ordnung. In diesem Rahmen lassen die Kapitalisten zeitweilig mehrere Blumen blühen. Aber nur Blumen auf ihrem Boden. Niemals solche „Blumen“, die die Beseitigung der herrschenden Gesellschaftsordnung anstreben. Abgesehen davon ist es uns natürlich nicht gleichgültig, ob es fortschrittliche bürgerliche Journalisten gibt. Über solche Journalisten freuen wir uns. Wir sollten solche Journalisten nach einer relativ fortschrittlichen Sendung im Fernsehen oder Rundfunk auch beispielsweise durch einen Anruf bei den Rundfunk- oder Fernsehanstalten unterstützen. Von dieser Seite läßt sich manchmal ein kleiner Druck ausüben. Aber man darf sich keinen Illusionen hingeben. Die Grenze ist da, wo es um den Bestand der kapitalistischen Ordnung geht. Es gibt keine objektive Presse. Es steht immer die Klassenfrage. Die bürgerliche Presse dient den Klasseninteressen der Bourgeoisie.

Manche bürgerliche Journalisten haben Illusionen über diesen Klassencharakter der Massenmedien. Ein Beispiel: Als die Partei gegründet werden sollte, kam ein Journalist vom Zweiten Deutschen Fernsehen, vom ZDF-Magazin. Er hatte den Auftrag bekommen, eine Story über die KPD/ML zu drehen. Er machte das auch — in Zusammenarbeit mit uns. Nahm einen Stand auf, nahm die erste Betriebszeitung der Partei „Frischer Wind“ auf usw. Abschließend versprach er, in der nächsten Sendung käme der Film. Aber er kam nicht. Er kam auch in der darauffolgenden Sendung nicht. Schließlich, in der dritten Woche, rief ich den Journalisten an. Er war sehr enttäuscht und sagte, er könne sich das gar nicht erklären. Ich habe es ihm dann erklärt. Positive Sendungen über die Partei gibt es grundsätzlich nicht. Die Partei erscheint dann, wenn man hofft, ihr eins auswischen zu können.

Weil das so ist, weil der Klassenfeind die Kommunisten grundsätzlich bekämpft, ist Vorsicht am Platz, wenn er sie lobt. Habt ihr in der „Welt“ schon einmal eine Serie über Albanien gelesen, in der man die verbrecherischen Tätigkeiten der Pacrami-Balluku u. a. anprangern würde, die den Versuch unternahmen, die Diktatur des Proletariats zu stürzen? Solche Serien werdet ihr dort nie finden, denn für Zeitungen des Finanzkapitals wie die „Welt“ ist das sozialistische Albanien der Weltfeind Nr. 1, weil dort die Diktatur des Proletariats herrscht, weil dort erfolgreich der Sozialismus aufgebaut wird. Nun, uns hat Springer auch nie gelobt.

„Aber beweist nicht“, könnte jemand fragen, „die Existenz des „Roten Morgen“, die Existenz der kommunistischen Presse, daß Pressefreiheit im Kapitalismus doch existiert?

Dazu muß man zunächst einmal feststellen, daß die Auflage des „Roten Morgen“, die gesamte Auflage unserer Betriebszeitungen und Flugblätter minimal sind, im Vergleich zur Millionenflut der bürgerlichen Meinungsmedien, mit denen die Menschen mittags, abends und nachts bearbeitet werden.

Dazu kommen die Verfolgungen des „Roten Morgen“, Zigtausende DM Geldstrafe, Gefängnisstrafen, Beschlagnahmungen usw. Jeder, der als Redakteur im Impressum des „Roten Morgen“ stand, wurde auch verurteilt. Erst ich, dann Genosse Gernot Schubert, Genosse Dieter Stoll, Genossin Karin Wagner und inzwischen auch die Genossin Renate Schneider. Und der Grund? Weil wir — nach Ansicht der Klassenjustiz — das „erlaubte Maß der Kritik“ überschritten haben. Wer setzt aber das Maß für diese „erlaubte“ Kritik fest? Die Bourgeoisie und ihre Gerichte.

Wir haben vorhin gehört, daß es im Grundgesetz heißt: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Ein Hohn! Ihr wißt, in faschistischen Diktaturen gibt es eine Methode der Zensur, bei der der Zensor die Zeitungen vor ihrer Herausgabe zensiert und das schwärzt, was nicht erscheinen soll. In der Bundesrepublik findet diese Zensur genauso statt, nur auf umgekehrte Weise. Man hat erst die „Freiheit“ zu schreiben, was man will. Und kommt dann dafür ins Gefängnis, weil man sich etwa die „Freiheit“ genommen hat zu schreiben, daß dieser Staat ein Ausbeuterstaat ist.

Das heißt: Pressefreiheit für die kommunistische, die revolutionäre Presse gibt es im Kapitalismus nicht und wird es auch nie geben. Aber das ist kein Grund zur Resignation. Genosse Mao Tsetung sagt:

„Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht. Wenn er uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, so zeigt das nur, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben.“

Ihr wißt, daß der „Rote Morgen“ die meistverfolgte Zeitung in der Bundesrepublik ist. In der DDR darf er sowieso nur illegal erscheinen. Revolutionäre, kommunistische Zeitungen wurden von der Bourgeoisie immer verfolgt. Wenn eine kommunistische Zeitung nie verfolgt wird, dann ist sie auch keine kommunistische Zeitung. Oder habt ihr schon gehört, daß die „UZ“, die Zeitung der D„K“P, oder „Elan“, die Zeitung der SDAJ, in den letzten Jahren jemals beschlagnahmt oder verboten wurden?

Dagegen steht der „Rote Morgen“ auch in dieser Beziehung in der Tradition der kommunistischen Presse in Deutschland. Die „Rote Fahne“ wurde vor 1933 zigmal verboten. Ab 1933 war sie völlig illegal. Nach 1945 ging die Verfolgung weiter. Zuerst gab es kein Papier für die kommunistischen Zeitungen, dann griff man wieder zum Verbot. Solche periodischen Verbote habe ich selbst als Mitarbeiter der „Hamburger Volkszeitung“ noch erlebt.

Wie sah die kommunistische Presse hier in Westdeutschland vor dem Verbot der KPD 1956 aus?

Es gab das Zentralorgan der Partei das „Freie Volk“, das theoretische Organ „Wissen und Tat“ und daneben viele lokale Zeitungen. Zum größten Teil waren diese Zeitungen Tageszeitungen. Sie alle wurden 1956 verboten. Nach dem Verbot erschien das „Freie Volk“ zunächst kaum mehr, später unregelmäßig. Auch Betriebszeitungen stellten ihr Erscheinen erst mal ein. Erst langsam, auf Initiative der Genossen, entstanden wieder Betriebs- und Stadtteilzeitungen. Das heißt, die Partei war auf die Illegalität überhaupt nicht vorbereitet. Erst hatte man sich in der Illusion gewiegt, die Partei könne überhaupt nicht verboten werden. Man hatte ja auch bereits Korrekturen am Programm von 1952, dem letzten revolutionären Programm der KPD, vorgenommen und glaubte, nun könne nichts mehr passieren. Als dann das Verbot doch kam, fiel man in Panik, meinte, es käme jetzt eine Zeit wie nach 1933 und wollte alles aufgeben.

Auch das „Blinkfüer“. „Blinkfüer“ war damals eine Zeitung der Nationalen Front, deren Untertitel lautete: „Norichten för de Küst“ — „Nachrichten für die Küste.“ Mehr nicht. Aber kurz nach dem Verbot kamen Genossen der Partei zu mir und sagten: „Hör mal zu, jetzt müssen wir das ‚Blinkfüer‘ einstellen.“ Ich sagte: „Ihr spinnt, warum sollen wir das ‚Blinkfüer‘ einstellen?“ Und drei Tage nach dem Verbot erschien das „Blinkfüer“ dann mit einem Leitartikel „Die Ratten“, in dem die Adenauer-Regierung wegen des KPD-Verbots angegriffen wurde. Die Fischer, für die diese Zeitung erschien, freuten sich und sagten: „Mensch, ihr seid ja noch da.“

Man muß also auch unter illegalen Bedingungen um jeden Fußbreit Legalität kämpfen. Natürlich mußten wir in den legal erscheinenden Zeitungen, wie Lenin es einmal nannte, die Sklavensprache sprechen. Auch das schützte uns zwar nicht davor, wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot vor Gericht gezerrt zu werden, aber es war eine Möglichkeit, legal die Arbeiter zu erreichen. Dabei ist allerdings eines zu beachten: So notwendig diese legalen Zeitungen sind, so darf eine marxistisch-leninistische Partei doch niemals auf ihr Zentralorgan verzichten. Wenn wir den „Roten Morgen“ nicht mehr legal herausgeben können, dann geben wir ihn illegal heraus. Aber — ob legal oder illegal — wir werden niemals darauf verzichten, die Massen im Geist der gewaltsamen Revolution zu erziehen.

Es gab keine marxistisch-leninistische Presse mehr

Was aber tun, wenn das illegale Zentralorgan zwar existiert, aber freiwillig auf die Erziehung der Massen zur Revolution verzichtet, wenn es revisionistisch entartet? Denn die revisionistische Entartung der KPD drückte sich natürlich auch in ihren Organen aus. Im „Freien Volk“ vom Oktober 1966 hieß es:

„Stabilität der Wirtschaft und des Geldes kann es nur geben, wenn die Ausgabenflut für die Rüstung, für Notstandsgesetze und den Krieg in Vietnam gestoppt und das Volksvermögen nicht weiter verschleudert wird.“

Wer hätte das gedacht? Stabilität im Kapitalismus kann es nur geben, wenn man nicht so viel Geld für Kanonen ausgibt und das Volksvermögen nicht verschleudert. Armer Marx, armer Lenin, kann man da nur sagen. Wozu habt ihr eigentlich geschrieben? Die Kommunisten waren immer der Meinung, daß es im Kapitalismus keine Stabilität der Wirtschaft geben kann, daß die Krise zum Kapitalismus gehört wie der Deckel zum Topf. Die Monopolherren brauchen nur die Revisionisten ranzulassen, die zeigen ihnen, wie man das kapitalistische Gesellschaftssystem rettet! Und so etwas im Zentralorgan der Partei!

In der gleichen Ausgabe des „Freien Volk“ heißt es zur Wahl in Hessen:

„Mit dem Aufruf an unsere Genossen und Freunde, diesmal die Listen der SPD zu wählen, ist es allein nicht getan... Nur mit einem klaren Alternativprogramm zur diskreditierten und verfahrenen CDU-Politik wird die Bevölkerung zu einer richtigen Entscheidung geführt. Hoffnungsvolle Ansätze einer solchen Alternative enthalten zahlreiche Anträge ... sowie auch Beschlüsse des Parteitages der SPD Hessen Süd.“ Was muß das für eine SPD gewesen sein! Bereits 1957 hatte die Partei aufgerufen, SPD zu wählen, die gleiche SPD, die dann 1968 in der Großen Koalition die Notstandsgesetze durchpeitschte. Vielleicht waren das die fortschrittlichen Anträge, die hoffnungsvollen Beschlüsse!

Oder nehmen wir das „Freie Volk“ vom August 1966, eine Sonderausgabe zum zehnjährigen Parteiverbot. Dort ist eine Rede von Herrn Reimann zu lesen, die er auf der 8. ZK-Tagung gehalten hat. In dieser Rede heißt es wörtlich:

„3. Die Zeit ist gekommen, da Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftler sich zusammenfinden und beraten, wie den Auswirkungen der Alleinherrschaft der Monopole und der verfehlten Wirtschaftspolitik der Erhard-Regierung entgegengetreten werden kann. Die Arbeiterklasse muß den Monopolen und der Regierung eine eigene Wirtschaftspolitik entgegensetzen. Vollbeschäftigung, Währungsstabilität zu sichern, die Aufgaben der technischen Revolution zu meistern, das erfordert, die Alleinherrschaft der Monopole einzuschränken und den Gewerkschaften jede Unterstützung zu gewähren in ihrem Kampf um die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts.“

So viele Sätze, so viele Lügen. Wie setzt die Arbeiterklasse den Monopolen und ihrer Regierung eine eigene Wirtschaftspolitik entgegen ohne sie zu stürzen? Wie sichert man Vollbeschäftigung und Währungsstabilität ohne den Kapitalismus zu Grabe zu tragen? Und was soll das denn heißen, wenn die KPD fordert: die Einschränkung der Alleinherrschaft der Monopole. Laßt uns mittels der Mitbestimmung ran an die Futterkrippen des Kapitals. Wir wollen auch unseren Teil. Das hieß es praktisch. Diese Partei war vollkommen entartet.

Es gab einmal Leute, die sagten, die SPD ist heute die beste CDU, die es je gab. In der Tat unterscheiden sich diese Parteien grundsätzlich nicht mehr. Aber wenn das richtig ist, dann ist es auch richtig zu sagen: Die KPD (bzw. heute die D„K“P) ist heute die beste SPD, die es je gab. Sie spricht zwar manchmal noch von Sozialismus. Aber wie stellt sie sich den Sozialismus vor? Im Programmentwurf der KPD von 1968 heißt es dazu:

„In einer sozialistischen Ordnung der Bundesrepublik wird das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens werden, das auf dem Mehrparteiensystem beruht... Eine parlamentarische Minderheit, die die Verfassung und die vom Parlament beschlossenen Gesetze einhält, wird ihre Rechte wahrnehmen können.“

Genossen, eine solche Haltung zum Sozialismus ist Verrat, ist die praktische Aufgabe der Diktatur des Proletariats, läuft auf die Propagierung des „Staats des ganzen Volkes“ hinaus.

Das war die Situation in der Bundesrepublik damals. Es gab keine marxistisch-leninistische Presse mehr.

Was tun?

Was tun? Die Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung waren damals in der Partei weitgehend unbekannt oder nur teilweise bekannt. Erst am 15. 2. 1963 erschien die erste Peking-Rundschau in deutscher Sprache. In dieser Ausgabe war eine Rede des Genossen Wu Hsiu-tschuan abgedruckt, die er auf dem VI. SED-Parteitag gehalten hatte. Auf diesem Parteitag war es zu Provokationen gegen die KP Chinas gekommen, von denen wir gerüchteweise über die Delegation der KPD auf diesem Parteitag erfuhren. Auf diesem Parteitag hatte der chinesische Genosse unter anderem gesagt:

„Wir sind erstaunt über des Genossen Ulbrichts Standpunkt... Genossen, es ist heute für uns Kommunisten notwendiger denn je, dafür Sorge zu tragen, die Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung zu wahren und zu stärken. Im vereinten Kampf gegen den Feind liegt das höchste Interesse der Kommunisten und der Völker aller Länder... Die Moskauer Deklaration und Erklärung sind das gemeinsame Programm der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder in ihrem vereinten Kampf gegen den Feind... Die KP Chinas ist bereit, zusammen mit allen marxistisch-leninistischen Parteien im Interesse der internationalen kommunistischen Bewegung und des gemeinsamen Kampfes gegen den Feind weiterhin unablässige Anstrengungen zu unternehmen, um die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und die Einheit zu stärken...“

Genossen, das war die Haltung der KP Chinas noch 1963. Erst als klar war, daß diese Parteien unwiderruflich etnartet waren, vollzog sie den notwendigen Bruch. Man darf mit der Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung nicht leichtfertig umgehen. Man muß um diese Einheit kämpfen.

Die Generallinie, für die damals die KP Chinas kämpfte, ist nach wie vor eine verbindliche Grundlage für alle Marxisten-Leninisten: die Gültigkeit des Prinzips der gewaltsamen Revolution, der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, des schonungslosen Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Wie gesagt, für die Einheit auf dieser Grundlage muß man kämpfen, muß man möglichst viele Genossen gewinnen.

Die KPD schwieg sich zu den Auseinandersetzungen zunächst aus, um in der Partei keine Unruhe aufkommen zu lassen. Die Illegalität kam ihr dabei zu Hilfe. Denn anders als in Italien oder Frankreich war in Westdeutschland keine öffentliche Diskussion in der Presse über diese Fragen möglich. Erst im Oktober 1966 mit Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der VR China brach das „Freie Volk“ sein Schweigen. Unter der Überschrift „Spalter“ hieß es dort:

„Zu diesem Zeitpunkt erleben wir, wie die unheilvolle Spaltertätigkeit der Führung der KP Chinas zunimmt. Da hören wir, daß in China eine ‚Kulturrevolution‘ inszeniert wird, die sich in kleinbürgerlichen Auswüchsen, in anarchistischer Bilderstürmerei ergeht...“ Und in einer Stellungnahme des Politbüros in der gleichen Ausgabe: *„In China hat eine neue Welle des Antisowjetismus begonnen... Die Kommunistische Partei Deutschlands verurteilt die Ausfälle, die gegen die KPdSU, die Sowjetunion, aber auch gegen andere sozialistische Länder entfacht werden... Die KPD war und ist stets bemüht, ihren Beitrag zur Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zu leisten und hat daher auch auf die öffentliche Polemik gegen die Haltung der Führer der KP Chinas verzichtet. Unsere Partei wird auch weiterhin...“* usw. usf. Das war die erste Stellungnahme der Führer der damaligen revisionistischen KPD.

Von uns dagegen wurde die Große Proletarische Kulturrevolution begrüßt. Sie trieb die marxistisch-leninistische Bewegung voran. Ende 1966 erschien in NRW die erste marxistisch-leninistische Zeitung, „Spartakus“, in sechs Ausgaben. Diese Zeitung wurde damals von den österreichischen Genossen unterstützt.

Im Juli 1967 gab dann die Gruppe Hamburger Marxisten-Leninisten auf Initiative von mir die erste Nummer des „Roten Morgen“ heraus. Die Überlegung dabei war, daß es nicht genügen würde, die revisionistische Entartung der Partei zu bekämpfen, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus hochzuhalten und auf ihrer Basis die revolutionären Genossen zu gewinnen, also als kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator tätig zu sein, sondern auch, ihn als kollektiven Organisator einzusetzen, als Organ zur Sammlung und Organisierung der bestehenden marxistisch-leninistischen Gruppen und Genossen.



Genosse Ernst Aust hält 1963 anläßlich des Blinkfüer-Prozesses eine Rede

Der erste „Rote Morgen“ schlug ein wie eine Bombe

Diese erste Ausgabe des „Roten Morgen“ schlug ein wie eine Bombe. Wir hatten damals gute Arbeit geleistet. Als meine Frau und ich aus der Redaktion und aus dem Verlag „Blinkfüer“ ausschieden, da waren wir natürlich nicht gegangen, ohne die ca. 5.000 Adressen mitzunehmen. Das haben uns die Revisionisten damals schwer übelgenommen und „Unterschlagung“ genannt. Aber ich bin der Meinung, was der Revolution nützt, kann niemals eine Unterschlagung sein. Jedenfalls war es gut, daß wir damals diese 5.000 Adressen hatten. Als Reaktion auf die erste Ausgabe des „Roten Morgen“ herrschte beim ZK der Partei helle Aufregung. Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß alle Genossen, die den „Roten Morgen“ zugeschickt erhielten, ihn sofort bei der Parteileitung abzuliefern hätten. Mancher von euch, der den Sammelband mit den alten „Roten Morgen“ hat, wird vielleicht die Nr. 2 des „Roten Morgen“ vermißt haben. Der Grund dafür ist eben dieser Beschluß der Revisionisten. Wir haben uns nämlich gesagt: Wir geben als nächstes die Nr. 3/4 heraus. Wenn sie diese nach der Nummer 1 abgeliefert bekommen, dann müssen sie annehmen, die Nr. 2 wäre nicht abgegeben worden... Deshalb also ist die Nummer 2 nie erschienen.

Worin lag die Bedeutung der Herausgabe des „Roten Morgen“? Sie lag darin, daß seit Jahren endlich wieder eine marxistisch-leninistische Zeitung in Westdeutschland erschien, darin, daß das KPD-Verbot in der Praxis durch die Propagierung der marxistisch-leninistischen Prinzipien der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Revolution durchbrochen wurde. Sie lag darin, daß die Voraussetzungen für die Gründung einer neuen marxistisch-leninistischen Partei geschaffen wurden.

Der „Rote Morgen“ erschien zunächst illegal, als Zeitschrift der KPD Marxisten-Leninisten, also innerhalb der Partei. Um diese Frage der illegalen Herausgabe gab es einen Kampf. Denn natürlich konnte der „Rote Morgen“ als illegales Organ nur beschränkt seine Rolle als kollektiver Organisator erfüllen. Es war damals ein Agent in der Partei, der zu erreichen versuchte, daß der „Rote Morgen“ auch weiterhin illegal erschien. Wir haben dagegen gekämpft, ich drängte darauf, den Bruch mit der Partei offen zu vollziehen und den „Roten Morgen“ legal erscheinen zu lassen, was dann auch von November 1967 an geschah. Bis zur Gründung der Partei hieß der „Rote Morgen“ dann marxistisch-leninistische Monatszeitschrift. Die legale Herausgabe des „Roten Morgen“ war, wie vorher sein erstes Erscheinen, ein voller Erfolg. Wir bekamen zahlreiche Zuschriften.

In der Januar-Ausgabe 1968 erschien eine Analyse der damaligen Bewegung. Zu der Zeit gab es

1. sogenannte „unabhängige“ freischwebende Sozialisten, den Sozialistischen Bund, DFU, Demokratische Linke usw.;

2. gab es die KPD, die mit den oben genannten Organisationen in enger Verbindung stand;

3. existierte die studentische Opposition um den SDS, die teilweise mutig gegen den Staat kämpfte, aber von Ziellosigkeit und Verwirrtheit geprägt war;

4. gab es — einzeln oder in Gruppen — die Marxisten-Leninisten.

Wir veröffentlichten damals den Aufruf **„Marxisten-Leninisten vereinigt euch.“** Der Erfolg stellte sich schon wenige Monate später, im Mai, ein. Zu jener Zeit wurde die Siegener Erklärung verabschiedet, in der zur Gründung einer **„deutschen, revolutionären, marxistisch-leninistischen Partei“** aufgerufen wurde.

In dieser Zeit führte der „Rote Morgen“ einen scharfen Kampf gegen den modernen Revisionismus, zu einer Zeit also, als andere überhaupt noch nicht daran dachten und gemeinsam mit den modernen Revisionisten marschierten.

Die Bedingungen für die Herausgabe des „Roten Morgen“ waren damals schwierig. Die erste Ausgabe erschien hektographiert. Die Abzugsmaschine, die leider verlorengegangen ist, kostete 280 DM. Nicht verlorengegangen aber ist der Stempel, mit dem wir in Rot „Roter Morgen“ auf die Zeitung druckten. Ab Oktober 1968 erschien der „Rote Morgen“ im Offsetdruck. Die Maschine kostete damals zusammen mit dem Ablichtungsapparat rund 6.000 DM. Ich mußte drucken lernen. Was ich mittels der Gebrauchsanweisung und telephonischen Nachfragen bei der Firma auch in einem Monat schaffte. Anderthalb Jahre lang erfolgte dann alles, was mit dem „Roten Morgen“ zu tun hatte, Redaktion, Druck, Vertrieb, in unserer Zwei-Zimmer-Wohnung im 7. Stock im Carl-Bremer-Ring.

Zentralorgan der KPD/ML

Von der Jahreswende 1968/69, von der Gründung der Partei an, erschien der „Rote Morgen“dann als Zentralorgan der KPD/ML. Die Geschichte des „Roten Morgen“ ist nicht zu trennen von der Entwicklung des Klassenkampfes hier in Deutschland. Dabei hat der „Rote Morgen“ immer den Standpunkt der Arbeiterklasse vertreten. Ein kurzer Überblick über die Ereignisse muß hier genügen:

Der „Rote Morgen“ begrüßte die Große Proletarische Kulturrevolution, kämpfte gegen den Einmarsch der Sozialimperialisten in die ČSSR; unterstützte den Kampf der indochinesischen Völker; führte den Kampf gegen die Faschisierung; verteidigte die revolutionäre Gewalt damals bei den Bombenanschlägen in Heidelberg und Frankfurt und konterte die Hetze der bürgerlichen Presse mit dem Extrablatt „Die Mörder sitzen in Bonn“; kämpfte gegen den Besuch Breschnews in Dortmund; gegen die Spaltung der deutschen Nation; entlarvte die Feinde der Arbeiterklasse in ihren eigenen Reihen, die modernen Revisionisten, den DGB-Apparat und alle opportunistischen Strömungen usw. usf.

In der ersten Zeit der Herausgabe des „Roten Morgen“ als Zentralorgan versuchte eine kleinbürgerlich-opportunistische Strömung den Aufbau einer korrekten Vorhutpartei des Proletariats zu sabotieren. Wir verteidigten damals die korrekte Linie der Partei gegen diese liquidatorische Strömung, die vorübergehend relativ starken Einfluß gewann.

Ich war zu der Zeit verantwortlich für den „Roten Morgen“, arbeitete aber ganztägig in einem Chemiebetrieb. Vorübergehend kam die Redaktion dann nach Westberlin, wo es der Reto-Clique gelang, einen Artikel „Bauen wir eine starke bolschewistische Partei auf“ in den „Roten Morgen“ zu bringen, der die Hegemonie des Proletariats zu Gunsten der Intellektuellen angriff.

Ab 1970 erschien der „Rote Morgen“ monatlich im Berliner Format. In dieser Zeit verschärfte sich der Kampf. Von welchem Schlag diese Liquidatoren waren, sollen zwei kleine Beispiele zeigen: Im „Roten Morgen“ sollte damals ein Artikel gegen den § 218 erscheinen. Die Linie der Partei zu dieser Frage war längst klar. Aber einer dieser Liquidatoren, Bernd Fritz aus Worms, erklärte: Ein Artikel gegen den § 218 kommt nicht in Frage. Das ist ja Propaganda für die Vernichtung werdenden Lebens. — Ein anderes Mal sollte im „Roten Morgen“, anläßlich eines schweren Eisenbahnunglücks mit vielen Toten, ein Artikel zur Ausbeutung bei der Bundesbahn erscheinen. Eine klare Sache, sollte man meinen. Aber ein Vertreter der Liquidatoren, der diesen Artikel schreiben sollte, weigerte sich und erklärte: Lokführer schaffen keinen Mehrwert, folglich werden sie auch nicht ausgebeutet, also kann man auch keinen Artikel gegen ihre Ausbeutung schreiben.

Die Liquidatoren, die die Interessen des Proletariats und seine Hegemonie angriffen, versuchten natürlich auch, die Rolle des „Roten Morgen“ als Zentralorgan der Partei anzugreifen. Sie waren dagegen, daß der „Rote Morgen“ einer einheitlichen Führung durch das Zentralkomitee unterstand und hielten es stattdessen für richtig, daß die einzelnen Landesleitungen ihre Vertreter als Redakteure schickten, die sie auch prompt wieder abzogen, wenn sie nicht ihre Meinung vertraten. Sie wollten den „Roten Morgen“ in ein Diskussionsorgan verwandeln, in dem verschiedene Linien nebeneinander existieren sollten. Ein solches opportunistisches Konzept vom Zentralorgan hat aber notwendigerweise die Desorientierung der Arbeiterklasse zur Folge. Der „Rote Morgen“ muß eine einzige Linie vertreten und der Arbeiterklasse eine klare Orientierung für ihren Kampf geben. Eine Zeitung, in der hundert Blumen blühen, revisionistische und bürgerliche neben marxistisch-leninistischen, kann niemals das Zentralorgan einer marxistisch-leninistischen Partei sein. Als Zentralorgan muß eine Zeitung vielmehr alle diese revisionistischen, bürgerlichen und opportunistischen Auffassungen und Strömungen bekämpfen. Wir führten damals den Kampf gegen diese liquidatorischen Vorstellungen. Etwa mit dem Artikel „Dem Klassengegner die Faust ins Gesicht“ oder dem Artikel „Schluß mit dem intellektuellen Geschwätz“.

Ab September 1971 erschien der „Rote Morgen“ 14tägig. Die Widersprüche spitzten sich zu, auch in der Redaktion des „Roten Morgen“. Aber die Partei trug auf dem außerordentlichen Parteitag, der dann einberufen wurde, den Sieg über die Liquidatoren davon. Der „Rote Morgen“ erschien mit seiner Nummer: „Die bolschewistische Partei ist stärker als alle Liquidatoren.“ Und das ist sie bis heute auch geblieben.

Doch mit dem Sieg über die Liquidatoren waren noch nicht alle Schwierigkeiten beseitigt. Nach dem II. Parteitag gab es vorübergehend eine Phase, in der die Rechten einen starken Einfluß auf den „Roten Morgen“ ausübten. Wenn man sich die Ausgaben des „Roten Morgen“ aus jener Zeit noch einmal ansieht, merkt man sofort: Hier wird einerseits verbal-revolutionär getönt, andererseits werden die Massen für dumm verkauft. Danach, nach der Hinaussäuberung der Rechten, ging es mit dem „Roten Morgen“ aufwärts. Von dieser Zeit an hat sich der „Rote Morgen“ ständig verbessert, ist die Zahl seiner Leser und Korrespondenten gewachsen. Wenn ihr den „Roten Morgen“ von heute mit früheren Ausgaben vergleicht, dann seht ihr, wie die Partei auch auf dem Gebiet der Presse vorangeschritten ist und sich gefestigt hat.

Eure scharfe Waffe — Roter Morgen

Ein Beispiel für die Qualität der Zuschriften an den „Roten Morgen“ ist der Artikelwettbewerb. Es war nicht leicht, unter den Einsendungen die Gewinner festzulegen. Es wurde zwar jetzt eine Auswahl getroffen. Aber es gibt über diese sechs Artikel hinaus noch viele, die eigentlich hät-

ten prämiert werden müssen. Artikel über die Erfahrungen und Kämpfe bei der Umschulung, über die räuberische Beitragspolitik des IGM-Apparats, über die Firma Essig Kühne aus Hamburg, darüber, was ein Student über die Wissenschaftlichkeit lernt, über Jugendarbeitslosigkeit, über den Kampf um ein Jugend-Freizeitheim, über die Verhaftung eines Genossen, über einen Betriebsunfall bei Hoesch, über Akkordarbeit, über die Verlogenheit der angeblichen Gleichheit vor dem Gesetz, über die Arbeit als Kranfahrerin, über die Krankenversorgung, über die Ausbeutung ausländischer Arbeiter, usw. usf. Es ist unmöglich, alle zu nennen. Aber alle hätten Preise verdient.

Genossen, der „Rote Morgen" ist eure scharfe Waffe, setzt ihn ein. Wenn ihr ein Problem habt, sei es im Betrieb oder in der Berufsschule, schreibt es an den „Roten Morgen". Und dann arbeitet mit dem „Roten Morgen" — verbreitet ihn verstärkt dort, wo die Kollegen das Ereignis, von dem einer der Artikel berichtet, selbst erlebt haben. Helft auch durch Kritik, den „Roten Morgen" zu verbessern. Neulich auf einer kleinen Versammlung in Lübeck sagte mir ein Arbeiter: Es sind zu lange Artikel im „Roten Morgen", die sind für die Kollegen und auch für mich schwierig zu lesen. Was er meinte, waren die langen theoretischen Artikel. Ich bin der Meinung, daß an dieser Kritik etwas Richtiges dran ist.



„Roter-Morgen"-Propaganda vor Blohm und Voss in Hamburg

Warum sollen wir nicht Artikel wie beispielsweise den über die Theorie der drei Welten in das Theoretische Organ verlagern? Das werden wir auch tun. Dazu ist es natürlich notwendig, daß das TO öfter, zwei- oder dreimonatlich erscheint. Das wird auch geschehen. Solche Kritiken, Genossen, sind gut und helfen uns.

Wichtig ist, daß wir im „Roten Morgen" und bei allem, was wir schreiben, eine einfache und verständliche Sprache benutzen. Genosse Mao Tsetung sagt:

„Wir aber sind eine revolutionäre Partei und arbeiten für die Volksmassen; wir werden keine gute Arbeit leisten, wenn wir nicht die Sprache des Volkes lernen... Der Wortschatz des Volkes ist sehr reich und lebendig, er bringt das reale Leben zum Ausdruck."

„Wenn du schreibst und sprichst, so mußt Du stets an den einfachen Arbeiter denken, der dich verstehen, deinem Rufe glauben und dir mit Bereitschaft folgen soll. Du mußt daran denken, für wen du schreibst und für wen du sprichst."

Dabei müssen wir allerdings aufpassen, daß wir nicht in Proletkult verfallen. „Scheiße" kann man sagen, aber nicht schreiben.

An wen wendet sich der „Rote Morgen"? Er wendet sich an die fortschrittlichen Arbeiter. Wobei der Kreis der fortschrittlichen Arbeiter natürlich größer ist als die gegenwärtige Auflage des „Roten Morgen". Unsere Aufgabe ist es, die fortschrittlichen Arbeiter als Leser für den „Roten Morgen" zu gewinnen. Dabei gibt es natürlich eine Grenze. Das haben die Genossen erkannt, die zum III. Parteitag den Vorschlag machten, eine AIZ herauszugeben, eine Arbeiter-Illustrierte-Zeitung. Vor 1933 besaß die Partei eine solche Zeitung, und wir würden auch heute liebend gerne eine solche Zeitung herausgeben — mit vielen Bildern, kurzen Kommentaren. Aber es geht nicht. Denn um eine solche Illustrierte herauszugeben, brauchen wir den Kioskverkauf. An diesen Vertriebsweg läßt uns aber der Klassengegner nicht heran.

Noch einmal zum „Roten Morgen". Lenin sagt:

„Ihr seid verpflichtet, nicht auf das Niveau der Massen, nicht auf das Niveau der rückständigen Schichten der Klasse hinabzusinken. Das ist unbestreitbar. Ihr seid verpflichtet, ihnen die bittere Wahrheit zu sagen. Ihr seid verpflichtet, ihre bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteile beim richtigen Namen zu nennen. Aber zugleich seid ihr verpflichtet, den tatsächlichen Reife- und Bewußtseinsgrad eben der ganzen Klasse (und nicht nur ihrer kommunistischen Avantgarde) eben der ganzen werktätigen Masse (und nicht nur ihrer fortgeschrittensten Vertreter) nüchtern zu prüfen."

Und diese Aufgabe, Genossen, erfüllt der „Rote Morgen" immer besser. Außerdem haben wir ja nicht nur den „Roten Morgen". Wir haben auch unsere Betriebs- und Stadtteilzeitungen, unsere Flugblätter. In ihnen, die ja keine verkleinerten Zentralorgane sein sollen, haben wir die Möglichkeit, uns an noch breitere Schichten der Werktätigen zu wenden, noch konkreter ihre Probleme aufzugreifen.



Wenn der Feind uns bekämpft . . .

Mancher Genosse verzweifelt angesichts der Millionenauflagen der bürgerlichen Zeitungen, angesichts von Rundfunk, Fernsehen und Film und denkt: Dagegen kommen wir doch nie an. Genossen, das ist ein Irrtum. Wir können den bürgerlichen Propagandamitteln trotz unserer vergleichsweise minimalen Auflagen Paroli bieten. Denn auf unserer Seite steht die Wahrheit. Und wer die Wahrheit sagt, der wird in der Perspektive die Massen gewinnen, weil die Massen im täglichen Kampf überprüfen können, daß unsere Presse ihre Erfahrungen bestätigt. Wenn wir ihnen heute sagen: Wir werden auch in drei, vier Jahren noch über 1 Million Arbeitslose haben und die Wirklichkeit das bestätigt, dann werden sie sagen: Der „Rote Morgen" hat Recht gehabt. Wenn wir den Kollegen vor einem Kampf sagen: Die modernen Revisionisten hauen euch in die Pfanne, die verraten euch und sich dies beim Streik bestätigt, dann werden die Kollegen sagen: Die haben Recht gehabt. Das heißt, durch ihre Erfahrungen werden die Massen die Erkenntnis gewinnen, daß es in Deutschland nur eine Wochenzeitung gibt, die ihnen die Wahrheit sagt. Das ist der „Rote Morgen", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten!

Nicht umsonst ist die Bourgeoisie so sauer auf den „Roten Morgen". Aufgrund unserer zahlenmäßigen Stärke hätte sie das nicht nötig. Warum betreiben Springer und Löwenthal eine Progromhetze gegen uns? Warum will Filbinger, wie einem Artikel in der „Welt" zu entnehmen war, uns verbieten? Filbinger fordert ein differenziertes Verbot. Erst sollen wir für verfassungswidrig erklärt, aber noch nicht verboten werden. Erst wenn wir „gewalttätig" werden, soll das Verbot folgen. Genossen, was die Verfassungswidrigkeit angeht, habe ich dazu bereits gesagt, was dazu zu sagen ist. Die Mühe, sie festzustellen, können sie sich sparen. Das geben wir ihnen schriftlich. Und was die Gewalt betrifft, wer übt denn hier Gewalt aus? Das ist doch die Bourgeoisie! Das ist doch ihr bürgerlicher Staat, der tagtäglich Gewalt gegen die Arbeiterklasse, gegen das Volk ausübt.

Springer und Löwenthal hetzen gegen die „Chaoten", „Extremisten", „Terroristen" Was ist denn in ihren Augen ein Terrorist? Jeder, der sagt, daß man diese Gesellschaftsordnung nicht beseitigen kann, ohne Gewalt anzuwenden. Dazu sagte Lenin:

„Ohne Anwendung von Gewalt gegen die Gewalttäter, in deren Händen sich die Waffen und Machtorgane befinden, kann das Volk nicht von den Gewalttätern befreit werden."

Was Springer, Löwenthal und ihre Soldschreiber angeht, so sollen sie einmal an ihre Vorgänger denken, an Julius Streicher und andere und daran, wie sie endeten: am Galgen.

Genossen, wir müssen darauf vorbereitet sein, jederzeit eine Kampfform mit der anderen zu vertauschen. Wenn man uns daran hindert, die Wahrheit legal zu sagen, dann werden wir sie eben illegal sagen. Niemand ist und wird jemals in der Lage sein, die Stimme der Partei, den „Roten Morgen" zum Schweigen zu bringen. Es ist kaum damit zu rechnen, daß die Bourgeoisie den „Roten Morgen" jemals als legal erscheinende Tageszeitung zulassen wird. Das wird ihr nichts nützen. Kämpfen wir für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, wo der „Rote Morgen" täglich an jedem Kiosk zu haben ist!

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich	O halbjährlich	O vierteljährlich
DM 30,--	**DM 15,--**	**DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17-18.30, Sa. 10.30-13.00

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65, (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-19, Sa. 10-13 Uhr, Mi. 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36, Tel.: 0203/64796. Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 16-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702. Öffnungszeiten: Mo., Mi., Do. 9-13 und 15-18 Uhr, Di. und Fr. 9-13 und 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939. Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.